

Rundbrief 1-2019

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 7 Zweigstellen

Publikationen

- 12 Zeitschrift OSTEUROPA
- 18 Zeitschrift OSTEUROPA-RECHT
- 20 Länder-Analysen

Mitglieder

- 24 Protokoll der Mitgliederversammlung
- 28 Klaus-Mehnert-Preis
- 30 Junge DGO
- 31 Personalien
- 31 Veröffentlichungen

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 33 Wissenschaft und Forschung
- 33 Personalien

Veranstaltungsberichte

- 34 Osteuropäische Opfer des Nationalsozialismus in der deutschen Erinnerungskultur
- 36 Wohin steuert Mitteleuropa? Fünf Szenarien für 2025
- 38 Autoritarismus und was dann? Russland, die Türkei und die Entfremdung vom Westen
- 40 Kontinentaldrift. Über das Zusammenwachsen und Auseinanderdriften Europas 1989–2019
- 46 Wessen Werte? Die Kirche und der konservative Wertediskurs in der Ukraine
- 48 Energie und Sicherheit in Europa. Der Erdgastransit durch die Ukraine und die europäische Energiepolitik
- 50 Belarus, Russland und der Unionsvertrag. Uneinig in der Vereinigung?
- 52 Churches and Identity in Central and Eastern Europe
- 55 Der Europarat und Russland. Zwischen Kompromiss und Glaubwürdigkeit

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

der Klimawandel ist Realität. Die Kontinentaldrift ist es auch. Über das Zusammenwachsen und Auseinanderdriften Europas in den vergangenen dreißig Jahren debattierten Vertreterinnen und Vertreter aus der Wissenschaft, den Medien und der Kultur bei unserer Jahrestagung in Berlin im März dieses Jahres und fragten: Wo liegen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Scheidelinien zwischen Konflikt und Kooperation auf dem europäischen Kontinent? Ausdruck dieser politischen Kontinentaldrift ist auch der Konflikt zwischen dem Europarat und Russland. Der Kern des Konflikts, seine Auswirkungen ebenso wie Lösungsansätze waren Themen einer Podiumsdiskussion im Juni. Die Veranstaltung fand unmittelbar nach dem Beschluss der Parlamentarischen Versammlung statt, Russland das Stimmrecht nach fünfjähriger Unterbrechung zurückzugeben. Weitere Veranstaltungen betrafen den umstrittenen Unionsvertrag zwischen Belarus und Russland, den Gastransit durch die Ukraine und die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den Visegrád-Staaten. Berichte über die Veranstaltungen ebenso wie eine Vorschau auf das Herbstprogramm finden Sie in diesem Rundbrief.

Die Zeitschrift OSTEUROPA informiert im Themenheft „Konfliktkreise“ über die jüngsten Debatten zum Ende des INF-Vertrags und zur Zukunft der Rüstungskontrolle. Um militärische Fragen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen geht es im Themenheft „Schlachtfeld Ukraine. Studien zur Soziologie des Krieges“. Mit der „Religionsfreiheit in Osteuropa“ und der „Krise der Rechtsstaatlichkeit“ setzen sich die neuesten Ausgaben der Zeitschrift OSTEUROPA-Recht auseinander. Neben einer Auflistung der Ausgaben aller Länder-Analysen im ersten Halbjahr informieren wir in diesem Rundbrief auch über die Neugestaltung ihrer Website.

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat Ende des vergangenen Jahres eine Vereinbarung über eine zehnjährige Zusammenarbeit mit dem russischen Partnerministerium abgeschlossen. Staatssekretär Georg Schütte stellte die so genannte „Roadmap“ auf der Mitgliederversammlung im März vor. Wir berichten über den aktuellen Stand und diesbezügliche Diskussionen mit den Sprecherinnen und Sprechern unserer Fachgruppen.



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

Innerhalb der DGO gibt es einige Veränderungen. Der Vorstand der DGO wurde auf der Mitgliederversammlung neu gewählt und hat nun sechs neue Mitglieder. Die Zusammenstellung des neuen Vorstands finden Sie im Protokoll der Mitgliederversammlung (ab S. 24). An dieser Stelle ganz herzlichen Dank an die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder für die engagierte Unterstützung der DGO! Die Junge DGO hat ihre bisher kommissarischen Sprecherinnen im Amt bestätigt. Einen Bericht über die neuesten Aktivitäten der Jungen DGO finden Sie auf den folgenden Seiten. Auch innerhalb der Geschäftsstelle gibt es eine Veränderung. Ulrike Sapper, die in den vergangenen zehn Jahren die Veranstaltungen der DGO organisiert, die Mitglieder und Zweigstellen betreut und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auch die Rundbriefe erstellt hat, hat die DGO zum 15. August verlassen. Herzlichen Dank für Deine wunderbare Arbeit und viel Glück für die Zukunft, Ulrike!

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre und einen schönen verbleibenden Sommer.

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Gabriel Freitag". The signature is written in a cursive, flowing style.



DGO

LET



Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Vorschau

Datum / Ort	Titel	
11.–13. September, Bonn	Fachtagung Politik- und Sozialwissenschaften „Wir und die Anderen.“ Politische Gemeinschaftsideen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und im post-sowjetischen Raum	In Kooperation mit dem Forum Internationale Wissenschaft an der Universität Bonn
11. Oktober, Leipzig	Workshop Zukunft Osteuropa	In Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa und dem Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie
November, Berlin	Russische Alternativen Ökologie in Russland. Lokale Bestandsaufnahmen und regionale Trends (Arbeitstitel)	In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung
1.–3. November, Berlin	Konferenz Redeem the Promise: The State of Democracy in Europe, 30 Years after 1989	In Kooperation mit Eurozine, der Heinrich-Böll-Stiftung, den Blättern für deutsche und internationale Politik und der Bundeszentrale für politische Bildung
4.–5. November, Berlin	Konferenz Zuwanderung russischsprachiger Migranten nach Deutschland und Israel	In Kooperation mit der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum und weiteren Partnern
21.–22. November, Kiew	15. Kiewer Gespräche Die Ukraine nach dem Superwahljahr. Die Regionen im Fokus (Arbeitstitel)	In Kooperation mit dem Europäischen Austausch und weiteren Partnern

Datum / Ort	Titel	
21.–23. November, Erlangen	Fachtagung Geschichte Towards a Transnational History of Right-Wing Terrorism. New Perspectives on Political Violence and Assassinations by the Far Right in Eastern and Western Europe since 1900	In Kooperation mit der Dr. German Schweiger-Stiftung, Erlangen; mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
15. Januar, Berlin	Vortrag und Podiumsgespräch Osteuropäische Opfer des Nationalsozialismus in der deutschen Erinnerungskultur	In Kooperation mit der Stiftung Topographie des Terrors und dem Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker (Veranstaltungsbericht ab Seite 34)
16.–17. Januar, Poznań	Deutsch-Polnischer Gesprächskreis	In Kooperation mit der Deutschen Nationalstiftung
29. Januar, Berlin	Vortrag und Diskussion Wohin steuert Mitteleuropa? Fünf Szenarien für 2025	In Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States, Visegrád Insight und der Heinrich-Böll-Stiftung (Veranstaltungsbericht ab Seite 36)
28. Februar, Berlin	Podiumsdiskussion Autoritarismus und was dann? Russland, die Türkei und die Entfremdung vom Westen	In Kooperation mit dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (Veranstaltungsbericht ab Seite 38)
14.–15. März, Berlin	Jahrestagung Kontinentaldrift. Über das Zusammenwachsen und Auseinanderdriften Europas 1989–2019	In Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States (Veranstaltungsbericht ab Seite 40)

Datum / Ort	Titel	
28.–29. März, Berlin	Workshop Sylke Tempel Fellowship Programm. Russian Speaking Communities in Germany and Israel	In Kooperation mit der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum und weiteren Partnern
15. Mai	1h #jungedgo Wessen Werte? Die Kirchen und der konservative Wertediskurs in der Ukraine	Web-Vortrag der Arbeitsgruppe Veranstaltungen der Jungen DGO (Veranstaltungsbericht ab Seite 46)
3. Juni, Berlin	Podiumsdiskussion Energie und Sicherheit in Europa. Der Erdgastransit durch die Ukraine und die europäische Energiepolitik	In Kooperation mit dem Analytical Center DiXi Group und der International Renaissance Foundation (Veranstaltungsbericht ab Seite 48)
5. Juni, Berlin	Roundtable What to Forget? What to Preserve? Politics of Digital Heritage in Central Eastern Europe	In Kooperation mit dem Herder-Institut für Ostmitteleuropaforschung (Institut der Leibniz-Gemeinschaft) und dem Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung
18. Juni, Berlin	Podiumsdiskussion Belarus, Russland und der Unionsver- trag. Uneinig in der Vereinigung?	In Kooperation mit der deutsch- belarussischen gesellschaft (Veranstaltungsbericht ab Seite 50)
21.–22. Juni, Berlin	Fachtagung Religion Churches and Identity in Central and Eastern Europe	In Kooperation mit dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (Veranstaltungsbericht ab Seite 52)
25. Juni, Berlin	Podiumsdiskussion Der Europarat und Russland. Zwischen Kompromiss und Glaubwürdigkeit	In Kooperation mit der Friedrich- Naumann-Stiftung für die Freiheit (Veranstaltungsbericht ab Seite 55)
12.–14. Juli, Bochum	27. Tagung Junger Osteuropa- ExpertInnen	In Kooperation mit der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dem Osteuropa-Kolleg NRW

Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
Bamberg		
17. Juli	Vortrag Die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen in der Stadt Brünn/Brno in der Zwischenkriegszeit	Šárka Navrátilová (München/Prag)
Bochum		
16. Januar	Vortrag Recht und Literatur im russischen Imperium: Zur Problemgeschichte der Ukraine	Alfred Sproede (Münster)
5. Juni	Vortrag Das System Putin aus politikwissenschaftlicher Sicht	Margareta Mommsen (München)
3. Juli	Vortrag Fußball in Russland: Ein Ersatzspielfeld der Innen- und Außenpolitik	Timm Beichelt (Frankfurt/Oder)
Bonn/Köln		
27. Mai	Vortrag Memory of Stalin's Repressions as a "Usable Past" to Discuss Current Russian Problems: Human Rights, Economic Crisis, and Political Apathy	Daria Khlevniuk (Moskau)
24. Juni	Werkstattgespräch Über die Kluft zur Spaltung im deutschen Russland-Diskurs	Martin Krohs (Berlin)

Datum / Ort	Titel	
Bremen		
23. April	Vortrag Torf im Dienste der Revolution: Arbeit, Umwelt und Grenzen des Plans in der Sowjetunion	Katja Bruisch (Dublin)
<hr/>		
14. Mai	Vortrag Computerkids und Softwarepiraten am Ende der Blockkonfrontation: Eine Subkultur wird global	Gleb Albert (Zürich)
<hr/>		
Dresden		
21. März	Vortrag 80 Jahre Hitler-Stalin-Pakt	Karl-Heinz Schlarp (Dresden)
<hr/>		
23. Mai	Vortrag Medien in Mittel- und Osteuropa	Christiana Gransow (Chemnitz)
<hr/>		
Düsseldorf		
21. Februar	Vortrag Der Kampf um Polen: Die abenteuerliche Geschichte der Zweiten Polnischen Republik in ihrer Bedeutung für die europäische Nachkriegssituation	Wolfgang Templin (Berlin)
<hr/>		
Erlangen		
10. Juli	Vortrag The Struggle for Oil. An Environmental History of West Siberia in the 1960s–1970s	Valentina Roxo (München)

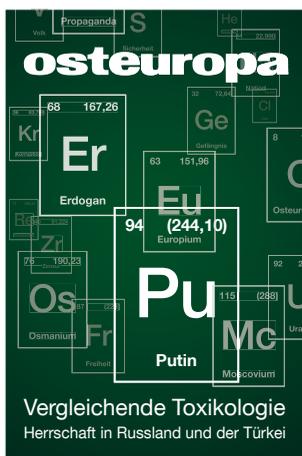
Datum / Ort	Titel	
Freiburg		
21. Mai	Vortrag On the Eastern Front of Kurdish Activism. The History and Legacy of Kurdish activism in the Soviet Union, 1920s–1990s	Étienne Peyrat (Lille)
16. Juli	Vortrag Rauchen und Nicht-Rauchen in Ost und West nach 1945. Ein Projektaufritt	Julia Obertreis (Erlangen-Nürnberg)
Gießen		
15. Januar	Vortrag Die NS-Vernichtungsstätte Malyj Trostenez bei Minsk	Christian Gerlach (Bern)
14. Mai	Vortrag 1918–2018: The Centennial of the Belarusian National Republic, Long-Distance Nationalism and the Revival of Memory	Per Anders Rudling (Stockholm)
4. Juni	Vortrag The Post-Soviet National Revival: Belarusian Case	Alena Marková (Prag)
2. Juli	Vortrag The Soviet Modernization and Foreign Observers: the Soviet Union of the 1930s in the Eyes of Western Visitors	Marina Shabasova (Minsk)
Göttingen		
2. Juli	Vorträge Georgiens Geschichte und seine museale Gegenwart	Vorträge von Malkhaz Toria (Tbilisi/Berlin), Ana Kirvalidze (Tbilisi/Oxford), Tamar Keburia (Tbilisi/Göttingen), Oliver Reisner (Tbilisi)

Datum / Ort	Titel	
Graz		
22. Mai	Vortrag Russlands Weg in den Scheinföderalismus	Otto Luchterhandt (Hamburg)
Jena		
16. Mai	Vortrag Neue Gesichter, alte Probleme? Die Ukraine im Superwahljahr	Eduard Klein (Bremen)
Konstanz		
21. Januar	Filmvorführung und Gespräch „Der Chronist“ Ich wollte wissen, was da war – Willi Waibel	Regisseur Marcus Welsch (Berlin), Carmen Scheide (Bern), Kateryna Kobchenko (Kiew)
24. Januar	Vortrag Sozialistische Vaterschaft – Vater- schaft im Sozialismus. Auf dem Weg zu einer Alltagsgeschichte der ČSSR	Peter Hallama (Bern)
24. Mai	Vortrag Polish Geologists, Socialistic Imaginary and European-African Technical Entanglement between 1960 and 1980s.	Justyna Turkowska (Edinburgh)
Mainz		
5. Februar	Buchvorstellung Stimmen aus Georgien. Vom Tode Stalins bis zur Gegenwart	Natela Kopaliani-Schmunk (Mainz)
30. April	Buchvorstellung Vorstellung eines Entwurfs einer Kulturgeschichte	Christoph Augustynowicz (Wien)

Datum / Ort	Titel	
11. Juni	Vortrag The Putin-Exodus. The New Russian Brain Drain	Sergej Erofeev (New Jersey)
Oldenburg		
18. Juni	Vortrag Kardinal Mindszenty. Symbol des Kalten Krieges	Árpád von Klimó (Washington)
Regensburg		
5. Juni	Vortrag Die prekäre Lage in der Ostukraine	Otto Luchterhandt (Hamburg)
Tübingen		
14. Januar	Vortrag Alltägliche Begegnungen. Handlungsspielräume finnischer Bauarbeiter in der Sowjetunion 1977–1985	Saskia Geisler (Bochum)
3. Juni	Vortrag Sowjetisch-Jüdische Entfremdung 1953–1991	Kerstin Bischl (Göttingen)

Publikationen

OSTEUROPA



In Ausgabe 10–12/2018 zum Thema [Vergleichende Toxikologie. Herrschaft in Russland und der Türkei](#) analysieren 23 Autoren und Autorinnen in komparativer Absicht Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der beiden Staaten am nord- und südöstlichen Rand Europas. Es geht um Ursprünge und Elemente autoritärer Herrschaft, Ressourcen und Grenzen der Macht, zivil-militärische Beziehungen und die Rolle der Religion. Zum Strukturvergleich hinzu kommen Studien zum Außenverhalten: die Beziehungen zwischen Moskau und Ankara, das Verhältnis zur Europäischen Union, die Syrienpolitik und das Auftreten im Südkaukasus.

Der Band hat 400 Seiten und enthält zwei Karten sowie zahlreiche Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten das Heft zu einem Sonderpreis von 20,00 Euro (statt 28,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Editorial

Fragile Freundschaft

Fikret Adanır

Das Osmanische und das Russische Reich
Beziehungsanalyse in vergleichender Absicht

Stefan Plaggenborg

Kemalismus und Bolschewismus
Ungleiche Brüder und ihr historisches Erbe

Elisabeth Özdalga

Gleichklang oder Gleichschaltung?
Staat und Religion in Russland und der Türkei

Igor' Torbakov

Paradoxe Familienähnlichkeit
Russland, die Türkei und die Grenzen ihrer Allianz

Andreas Heinemann-Grüder

Ressourcen und Grenzen der Macht
Personalistische Regime in Russland und der Türkei

Şener Aktürk

Unipolar vs. multipolar
Russland und die Türkei im Vergleich

Helge Blakkisrud, Zaur Gasimov

Tradition, Nation und der böse Westen
Putin, Erdoğan und die Legitimation ihrer Herrschaft

Roland Götz

Same but different
Russland und die Türkei im statistischen Vergleich

Datenblatt

Russland und die Türkei in Zahlen

Fabian Burkhardt, Janis Kluge

Kampf um das Eigentum
Staat und Wirtschaft in Russland

Magdalena Kirchner

Prekäre Wachablösung
Die zivil-militärischen Beziehungen der Türkei im Wandel

Aleksandr Gol'c

Oberkommandierender Putin?
Zivil-militärische Beziehungen in Russland

Marija Lipman

Kontrolle durch Kooptation
Der Kreml und die Medien

Levent Nehir

„Imperium der Angst“
Medien und Pressefreiheit in der Türkei

Dmitrij Dubrovskij

Zwischen Skylla und Charybdis
Bedrohte Wissenschaftsfreiheit in Russland

Esra Arsan

Schmutzige „Säuberung“
Türkische Wissenschaft im Ausnahmezustand

AUSSENVERHALTEN

Andreas Heinemann-Grüder

Das Ende der Illusionen
Wie weiter mit Russland und der Türkei?

Sabine Fischer, Günter Seufert

Transformation misslungen
Die EU, Russland und die Türkei

Caroline von Gall, Lisa Kujus

Menschenrechtspolitik in der Zwickmühle
Russland, die Türkei, der Europarat und der EGMR

Zaur Gasimov

Angst und Faszination
Das Pendeln des türkischen Russlandbildes

Vügar İmanbeyli

Begrenzte Perspektiven
Wirtschaftsbeziehungen der Türkei mit Russland

Sergej Markedonov

Kompetitive Kooperation
Russland und die Türkei im Kaukasus

Irina Zvjagel'skaja, Irina Svistunova

Fragile Partnerschaft
Russland, die Türkei und der Krieg in Syrien

Dokumentation

Russlands Vetos im Sicherheitsrat

Valery Dzutsati, Emil Souleimanov

Schrecken ohne Ende
Russland im Syrienkrieg

Chronik

Türkei – Russland

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030/30 10 45 -81 /-82.



OSTEUROPA 1–2/2019 vermisst Russlands [Konfliktkreise](#). Otto Luchterhandt sieht im Konflikt im Asowschen Meer die Fortsetzung der Annexion der Krim, Ilja Kalinin streitet mit Lev Gudkov und Natalja Zorkaja darüber, weshalb die Protestbewegung in Russland gescheitert ist. Vladimir Handl und Georg Dox skizzieren die deutsche und österreichische Russlandpolitik und Roland Götz beklagt die Politisierung der Gaspipeline Nord Stream 2. Im Schwerpunkt „Rüstungskontrolle. Rückkehr der Raketen?“ analysieren Andrej Zagorskij, Pavel Podvig & Co. das Ende des INF-Vertrags und fragen, ob Europa ein neues nukleares Wettrüsten droht. Darüber hinaus liefern vier Slavistinnen Erhellendes zum russischen Buchmarkt und zur Kultur des Lesens.

Der Band hat 200 Seiten und enthält vier Karten sowie 39 Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten das Heft zu einem Vorzugspreis von 12,00 Euro (statt 18,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Otto Luchterhandt

Gegen das Völkerrecht
Die Eskalation des Konflikts im Asowschen Meer

Roland Götz

Nord Stream 2
Die politisierte Pipeline

Il'ja Kalinin

Die Satten und der Pöbel
Die Traditionen der russischen Intelligencija und das Scheitern der Protestbewegung 2011/2012

Lev Gudkov, Natal'ja Zorkaja

Erstickt und erwürgt
Russlands Protestbewegung: eine Antwort auf Il'ja Kalinin

Vladimír Handl

Entfremdung und Kooperation
Paradigmenwechsel in der deutschen Russlandpolitik?

Georg Dox

Zwischen Knicks und Kniefall
Österreich–Russland: eine Beziehungsskizze

RÜSTUNGSKONTROLLE. RÜCKKEHR DER RAKETEN?

Andrej Zagorskij

Le roi est mort, vive le roi?
Die Zukunft der Rüstungskontrolle nach dem INF-Aus

Ulrich Kühn

Das Ende des INF-Vertrags
Folgen für die nukleare Rüstungskontrolle in Europa

Pavel Podvig

Fahrlässig verspielt
Das Ende des INF-Vertrags

Dokumentation

Nuklearwaffen weltweit und in Russland

Katarzyna Kubiak

Schauplatz statt Akteur
Europa zwischen zwei Nuklearmächten

BUCHMARKT UND LESEKULTUR IN RUSSLAND

Birgit Menzel

Vom Print zu Pixel
Buchmarkt und Lesen in Russland

Birgitte Beck Pristed

Doppelter Nutzen
Lesen in sozialen Netzwerken im digitalen Russland

Josephine von Zitzewitz

Vielseitige Persönlichkeit
Befunde über den Leser des Samizdat

Ingunn Lunde

Literatur und Geschichtsbild
Ivan IV. und M. Gigolašvilis Roman *Tajnyj god*

Jost Dülffer

Erster Weltkrieg und prekärer Frieden
Neue Bücher zum Jahrestag der Friedensschlüsse



Die Ukraine und Russland stehen im Zentrum der Ausgabe 3–4/2019. Emil Souleimanov zeigt, wie Russland in Libyen Präsenz markiert, sich aber Bündnisse offenhält und Artem Galushko demonstriert, wie Russland mit politischer Justiz gegen ukrainische Staatsbürger vorgeht. Unter dem Titel [Schlachtfeld Ukraine – Studien zur Soziologie des Krieges](#) bilden zehn Analysen zur Mikrodynamik der Gewalt im Donbass den Schwerpunkt des Hefts. Die Autorinnen und Autoren nehmen die Eskalationsdynamik, die Motive und die Organisation der irregulären Verbände aus Russland und der Ukraine sowie die entstandenen soziopolitischen Ordnungen in den „Räumen begrenzter Staatlichkeit“ unter die Lupe. Sie zeigen, wie staatliche und nichtstaatliche Akteure zunächst Hand in Hand arbeiteten, bevor der Staat eine Remonopolisierung des Gewaltmarktes durchsetzen konnte.

Der Band hat 216 Seiten und enthält vier Karten sowie 35 Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten das Heft zu einem Vorzugspreis von 12,00 Euro (statt 18,00).

Inhalt

Juri Durkot, Volodymyr Kulyk, Kateryna Miščenko, Gwendolyn Sasse, Andrew Wilson

Mann ohne Eigenschaften
Die Wahl Volodymyr Zelens'kyjs in der Ukraine

Emil Aslan Souleimanov

Präsenz markieren, Bündnisse offenhalten
Russland und der Bürgerkrieg in Libyen

Artem Galushko

Politische Justiz in Russland
Strafprozesse gegen ukrainische Staatsbürger

SCHLACHTFELD UKRAINE. STUDIEN ZUR SOZIOLOGIE DES KRIEGES

Editorial

Der Krieg im Donbass und die Kämpfer

Andreas Heinemann-Grüder

Geiselnnehmer oder Retter des Staates?
Irreguläre Bataillone in der Ukraine

Johann Zajaczkowski

Homogenität und Fragmentierung
Ukrainische Freiwilligenbataillone im Wandel

Nikolay Mitrokhin

Im Namen des Staates
Russische Nationalisten im Ukraine-Einsatz

Maksim Aljukov

Von Moskaus Gnaden
Genese und Geist der „Volksrepublik Donezk“

Natal'ja Savel'eva

Autonom gestartet, gesteuert geendet
Von Russland unterstützte bewaffnete Gruppen im Donbass

Anton Shekhovtsov

Radikale Parteien, irreguläre Verbände
Ukrainische Milizen aus dem rechtsextremistischen Milieu

Kostiantyn Fedorenko, Andreas Umland

Zwischen Front und Parlament
Freiwilligenverbände und Parteien in der Ukraine

Kostiantyn Fedorenko

Rekrutieren, legitimieren, diskreditieren
Die „Öffentlichkeitsarbeit“ der Bataillone im Donbass

Elena Klymenko

Die Schwächsten der Schwachen
Ukraine: Kinder im Krieg

Nina Krienke

Ausgang aus der Gemunkelzone
Der Einfluss des Westens in der Ukraine



Der Band **Salto mortale. Politik und Kunst im neuen Osteuropa** beschäftigt sich mit Kunst und Literatur als Früherkennungssysteme jeder Gesellschaft. Früher als anderswo sind dort die Wellen künftiger politischer Erschütterungen zu verspüren. Die Autorinnen und Autoren demonstrieren, wie Literatur und Kunst in Russland und Polen gesellschaftliche Entwicklungen vorweggenommen, aufgezeichnet und geprägt haben. Sie zeigen auf, wie antiliberale Subkulturen der 1990er Jahre zum ästhetischen und politischen Mainstream wurden, wie liberales Denken und Kunst mit emanzipatorischem Anspruch an den Rand gedrängt wurden, wie in der Populärkultur Revolution imitiert und die politische Leitidee des Staates ausgedrückt wird: „Globalisierung ohne Verwestlichung“. Es geht um linke Gegenkulturen und rechte Literatur, nationalistischen Hip-hop und Konzertverbote im Namen des Jugendschutzes.

OSTEUROPA 5/2019 hat 160 Seiten und enthält 63 Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten das Heft zu einem Vorzugspreis von 8,00 Euro (statt 12,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Klavdia Smola

Politisierung des Formalen

Tat'jana Vorožejkina

Autokratie oder Perestrojka 2.0

Russlands Ausbruch aus der Pfadabhängigkeit

Lena Jonson

Von der Peripherie an die Staatsspitze

Gegenkulturen im postsowjetischen Russland

Klavdia Smola

Alternative statt Protest

Pragmatische Wende in der russischen Kunst

Mark Lipovetsky

Zynismus statt Postmoderne

Geschichte eines (kalkulierten) Missverständnisses

Evgenij Kazakov

Wider den „Niedergang der Nation“

Die Kampagne gegen Musiker in Russland

Maciej Urbanowski

Mit Gott und Nation gegen die Katastrophe

Rechte Literatur in Polen nach 1989

Matthias Schwartz

Ein Sumpf genannt Wirklichkeit

Patriotismus und Gegenkultur im polnischen Hip-Hop



Krisztián Ungváry
DGO-Jahrestagung, März 2019

OSTEUROPA-RECHT



Die **Krise der Rechtsstaatlichkeit** in Europa bedroht die Grundlagen der westlichen Rechtsordnung – und damit die gesamte westliche Zivilisation mit ihren Vorstellungen über Rechtsordnung, Menschenrechte und Gewaltenteilung. Die Justiz als Symbol des demokratischen Rechtsstaates steht unter Beschuss. Die Entscheidungen der Gerichte werden in der Politik immer schärfer kritisiert. Zur bewährten demokratischen Praxis gehören die Achtung der geschriebenen wie ungeschriebenen Regeln und die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit. Der sich in Europa ausbreitende Populismus stellt die Gültigkeit dieser Grundsätze infrage, die Gefahr des allmählichen Abbaus der rechtsstaatlichen Ordnung ist evident. Ausgabe 4/2018 versammelt eine Reihe von Beiträgen, in denen sich die Autorinnen und Autoren mit dem Zustand der Justiz unter den verschiedenen politischen Bedingungen, die momentan in Europa herrschen, auseinandersetzen.

Inhalt

Andreas Voßkuhle

Constitutional Court: The Dilemma of Law and Politics

Shimon Shetreet

The Challenge of Maintaining the Rule of Law
Ensuring Legitimacy of Courts at National and Cross-National Levels

András Sajó, Juha Tuovinen

The Rule of Law and Legitimacy in Emerging Illiberal Democracies

Martin Kuijer

The Rule of Law in Crisis?
Some Observations from the Perspective of the Venice Commission

Marek Safjan

Domestic Infringements of the Rule of Law as a European Union Problem

Pavel Rychetský

Post-Revolutionary Europe?

Emmanuel Cartier

Judicial Independence
French and European Perspectives

Zoltán Fleck

Changes of the Judicial Structure in Hungary
Understanding the New Authoritarianism

Peter Oliver Loew

A Tale about Poland
Introduction to the Situation in Poland

Ewa Łętowska

Convulsions in the Rule of Law

Wojciech Sadurski

Anti-Constitutional Transformation in Poland
Dimensions, Sources, and Prospects



Im Schwerpunkt der Ausgabe 1/2019 zum Thema **Staat und Medien** beschreiben vier Autorinnen und Autoren den zunehmenden Einfluss des Staates auf die Berichterstattung in den Medien in Ungarn, Russland und der Ukraine. Eine unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten problematische Entwicklung ist dabei nicht allein bei den traditionellen Print- und audiovisuellen Medien zu beobachten; betroffen sind heute auch die sog. neuen Medien. Außerhalb des Schwerpunktes geht es um die Entwicklung der ukrainischen Verfassung von 1996 mit ihren diversen Änderungen. Ein weiterer Text beschäftigt sich mit der russischen Debatte über das Pro und Contra einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen, die auch in Deutschland in jüngster Zeit wieder diskutiert wird. Die Untersuchung des Spagats zwischen Europa und Asien, den Armenien mit dem Abschluss eines Freihandels- und Partnerschaftsabkommen mit der EU einerseits und mit dem Beitritt zur Eurasischen Union sowie zum Vertrag über kollektive Sicherheit andererseits übt, bildet den Abschluss des Heftes.

Inhalt

Julian-Ivan Beriger

Die staatliche Blockierung des Zugangs zu Internetinhalten in Russland
Eine Analyse aus verfassungsrechtlicher Sicht

Zoya Mylovanova, Kseniya Ostrovska

Mass and Social Media in Ukraine
Between Chaos and Media Capture

Gábor Polyák

Ökonomische Bedeutung und rechtlicher Rahmen der staatlichen Werbung in der ungarischen Medienpolitik

Bernd Wieser

Verfassungsänderung und Normenkontrolle in der Ukraine

Sergey A. Markuntsov, Martin Paul Waßmer

Die Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen in Russland

Benedikt Harzi, Aistė Mickonytė

Armenia Caught Between (In-)Compatible Legal Orders:
Paths of Competitive and Cumulative Integration

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag: abo@nomos.de. Einzelhefte der OSTEURO-PA-RECHT kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00 Euro) zzgl. Versandkosten.

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Relaunch der Website der Länder-Analysen

Seit zwei Jahren werden die Länder-Analysen von einem Konsortium von fünf deutschen Institutionen herausgegeben. Dazu gehören neben der DGO die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, das Deutsche Polen-Institut, das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und die Leibniz-Institute für Ost- und Südosteuropaforschung sowie für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien. Ein wegweisendes Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die Überarbeitung der Website der Länder-Analysen. Der Relaunch wird im September erfolgen. Die Website erscheint nicht nur im neuen Design. Künftig ist auch eine kombinierte Suche nach Themen und Personen über mehrere Länder möglich. Dies betrifft sowohl die Artikel als auch die Chroniken, die nun über den gesamten Erscheinungszeitraum der Länder-Analysen fortlaufend abgerufen werden können. Wir freuen uns auf eine lebhaftere Nutzung der Website!

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich



Aus den aktuellen Analysen



POLEN-ANALYSEN NR. 240

Ein Museum des Einvernehmens und der öffentlichen Diplomatie: das »Museum für die Polen, die während des Zweiten Weltkrieges Juden gerettet haben – Museum für die Familie Ulma«

Piotr Forecki

Der Autor beschreibt den öffentlichen Diskurs über die Rettung von Juden durch die polnische Mehrheitsbevölkerung im von Deutschen besetzten und terrorisierten Polen während des Zweiten Weltkrieges als Geschichte einer Instrumentalisierung. Die begann demnach unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und wird seit einigen Jahren intensiviert. Die polnischen Institutionen vermitteln das Bild einer weitverbreiteten Sympathie und Unterstützung für die Judenrettung in der polnischen Zivilbevölkerung und sehen es als ihre Aufgabe an, dem Bild eines in Polen verbreiteten Antisemitismus mit unterschiedlichen Mitteln entgegenzutreten. (...)

[Zum Artikel >](#)



BELARUS-ANALYSEN NR. 43

Entfalteter belarussischer »sozial orientierter Staat« eine demokratiehemmende Wirkung?

Mikita Merzliou

Jahrzehntlang war in Belarus eine untertänig geprägte und fürsorgeorientierte politische Kultur der Bevölkerung vorherrschend. Eine solche politische Kultur fördert eine spezifische sozialpaternalistische Reziprozitätsbeziehung zwischen den Regierten und dem Regierenden. Die meisten Belarussen betrachten ihren Präsidenten nicht als ihren höchsten Repräsentanten, der verfassungsgemäß abgewählt werden kann. (...)

[Zum Artikel >](#)



ZENTRALASIEN-ANALYSEN NR. 134

Russlands Macht in Kirgistan: Mythos und Verführung

Stefanie Ortman

Der russische Einfluss in Kirgistan wird viel zu oft durch die Linse traditioneller geopolitischer Konzepte analysiert. Dies führt dazu, dass die Erfahrungen der kirgisischen Bevölkerung und die Eigenschaften kirgisischer Staatlichkeit ignoriert werden und damit ein wichtiger Teil des russischen Einflusses übersehen wird. Die Autorin zeigt in ihrer Analyse, wie gefühlte Nähe in Verbindung mit einem gemeinsamen Staatsmythos russische Macht in Kirgistan aufrechterhält, und diskutiert Reichweite und Grenzen russischer »verführerischer Macht«.

[Zum Artikel >](#)



UKRAINE-ANALYSEN NR. 219

Ein »Staat im Smartphone«? E-Governance und digitaler Wandel im öffentlichen Sektor der Ukraine – Chance oder Wunschtraum?

Frank Paul

Präsident Wolodymyr Selenskyj sieht sein Land bald als »Staat im Smartphone«, das im Bereich der E-Governance nicht nur in Osteuropa eine Vorreiterrolle übernimmt. Die Interaktion mit dem Bürger soll dabei im Vordergrund stehen. Damit Selenskyjs Vision Wirklichkeit werden kann, wird trotz einer durchaus eindrucksvollen Bilanz bisheriger Maßnahmen im öffentlichen Sektor noch viel aufzuholen sein und müssen erhebliche systemimmanente und partikularinteressengesteuerte Widerstände überwunden werden. Bei politischem Glückslauf mit der in Kürze zu wählenden Regierung und der weiteren Verwurzelung seiner Vision in der dynamischen IT-Szene des Landes bestehen aber gute Chancen, dass Präsident Selenskyj seine Vorstellungen verwirklichen kann. Die EU bietet wie bei allen Reformbestrebungen dabei im Rahmen des Assoziierungsabkommens ihre tatkräftige Hilfe an.

[Zum Artikel >](#)



RUSSLAND-ANALYSEN NR. 363

Armenisch-russische Beziehungen: Geschichte, Realität und Beweggründe der beiden Partner

Harutyun Grigoryan

Die armenisch-russischen Beziehungen basieren vor allem auf historisch bedingten, für Russland geostrategischen und für Armenien existenziellen Interessen und werden im 21. Jahrhundert als strategisch-partnerschaftlich bezeichnet. Die geopolitischen Ziele des als Weltmacht agierenden Russland stimmen mit den Zielen der armenischen Nation nicht immer überein. Trotzdem blieben die beiden Hauptstädte Moskau und Jerevan eng miteinander verbunden. Die Gründe dafür sind vielfältig.

[Zum Artikel >](#)

Belarus-Analysen

Belarus-Analysen Nr. 41 (30.01.2019)
Belarus und die globalen Nachhaltigkeitsziele im Kontext der Agenda 2030

Belarus-Analysen Nr. 42 (29.03.2019)
Verfassungspolitik und nationale Souveränität in Belarus
Beziehungen zwischen Russland und Belarus

Belarus-Analysen Nr. 43 (27.06.2019)
Sozialpolitik und politische Kultur
Korruption

Polen-Analysen

Polen-Analysen Nr. 229 (15.01.2019)
Die jungen Polen und die offene Gesellschaft

Polen-Analysen Nr. 230 (05.02.2019)
Die polnische Klima- und Energiepolitik

Polen-Analysen Nr. 231 (19.02.2019)
Die demographische Entwicklung Polens

Polen-Analysen Nr. 232 (05.03.2019)
Die Justizreform in Polen und die Bedeutung des Politischen im Justizwesen

Polen-Analysen Nr. 233 (19.03.2019)
Parteienlandschaft in Bewegung

Polen-Analysen Nr. 234 (02.04.2019)
Reflexionen über Nachbarschaft

Polen-Analysen Nr. 235 (16.04.2019)
Sicherheitspolitische Vorstellungen in Polen,
Frankreich und Deutschland

Polen-Analysen Nr. 236 (07.05.2019)
Frauen in der polnischen Politik

Polen-Analysen Nr.237 (21.05.2019)
Die Polnische Ostpolitik unter der PiS-Regierung

Polen-Analysen Nr. 238 (04.06.2019)
Nach der Wahl zum Europäischen Parlament:
Rückblick und Ausblick

Polen-Analysen Nr. 239 (18.06.2019)
Die katholische Kirche in der Krise

Polen-Analysen Nr. 240 (02.07.2019)
Das „Museum für die Familie Ulma“ in Markowa:
Ein Projekt der polnischen Geschichtspolitik

Russland-Analysen

Russland-Analysen Nr. 364 (18.01.2019)
Veränderung und Beständigkeit

Russland-Analysen Nr. 365 (01.02.2019)
Nationale Identität

Russland-Analysen Nr. 366 (15.02.2019)
Staatssektor
Russischer Individualismus

Russland-Analysen Nr. 367 (01.03.2019)
Russisch-armenische Beziehungen

Russland-Analysen Nr. 368 (15.03.2019)
Erinnerungskultur

Russland-Analysen Nr. 369 (12.04.2019)
Fünf Jahre seit der Krimkrise

Russland-Analysen Nr. 370 (03.05.2019)
Radikalisierung und Terrorismusbekämpfung

Russland-Analysen Nr. 371 (21.05.2019)
Sicherheit und Unsicherheit

Russland-Analysen Nr. 372 (14.06.2019)
Expertise und Politik

Russland-Analysen Nr. 373 (12.07.2019)
HIV/Aids in Russland



Philipp Ther
DGO-Jahrestagung, März 2019

Ukraine-Analysen

Ukraine-Analysen Nr. 211 (22.01.2019)
Behinderung und Inklusion
Unabhängigkeit der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche
Leihmutterschaft

Ukraine-Analysen Nr. 212 (14.02.2019)
Wirtschaftsentwicklung
Wirtschaftskrise in der Oblast Luhansk

Ukraine-Analysen Nr. 213 (27.02.2019)
Präsidentenwahlen 2019

Ukraine-Analysen Nr. 214 (15.03.2019)
Dekommunisierung
Außenpolitische Sicherheitsrisiken
Oligarchen im Forbes-Rating 2018

Ukraine-Analysen Nr. 215 (26.03.2019)
Medien
Wahlkampf und Religion
Präsidentenwahlen 2019

Ukraine-Analysen Nr. 216 (10.04.2019)
Präsidentenwahlen 2019

Ukraine-Analysen Nr. 217 (20.05.2019)
Zweite Runde der Präsidentenwahlen 2019
Reaktionen auf Putins Erlass der erleichterten
Passvergabe

Ukraine-Analysen Nr. 218 (29.05.2019)
Amtsantritt des neuen Präsidenten
Erneuerbare Energien

Ukraine-Analysen Nr. 219 (13.06.2019)
E-Government

Ukraine-Analysen Nr. 220 (12.07.2019)
Ausblick auf die Parlamentswahlen 2019
Sozialpolitik und Sozialdaten

Zentralasien-Analysen

Zentralasien-Analysen Nr. 133 (22.02.2019)
Usbekistans Afghanistan-Politik

Zentralasien-Analysen Nr. 134 (26.04.2019)
Russlands Macht in Kirgistan
Kasachstan im Übergangsmodus

Zentralasien-Analysen Nr. 135 (28.06.2019)
Gendergerechtigkeit und Nationale Traditionen im Konflikt
Vorgezogene Präsidentschaftswahl in Kasachstan

Zentralasien-Analysen Nr. 136 (26.07.2019)
Ujghuren im chinesisch-kasachstanischen Grenzgebiet

Caucasus Analytical Digest

Caucasus Analytical Digest No. 108 (31.01.2019)
Protests in Armenia. The Domestic Dimension

Caucasus Analytical Digest No. 109 (22.03.2019)
Russia's Relations with the South Caucasus

Caucasus Analytical Digest No. 110 (17.05.2019)
Industrial Policy in the South Caucasus

Russian Analytical Digest

Russian Analytical Digest No. 231 (25.01.2019)
Orthodox Church

Russian Analytical Digest No. 232 (22.02.2019)
Russia's Relations with the South Caucasus

Russian Analytical Digest No. 233 (14.03.2019)
Russia's Oligarchs

Russian Analytical Digest No. 234 (28.03.2019)
Russian Think Tanks and Foreign Policy-Making

Russian Analytical Digest No. 235 (18.04.2019)
Caspian Sea

Russian Analytical Digest No. 236 (06.06.2019)
Impact of Sanctions on Russian Business

Russian Analytical Digest No. 237 (21.06.2019)
Security Issues

Russian Analytical Digest No. 238 (22.07.2019)
North Caucasus

Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung

14. März 2019, 14.00 bis 17.30 Uhr
im VKU-Forum,
Invalidenstraße 91, 10115 Berlin

Protokoll: Gabriele Freitag
Fotos: David Oliveira

1. Begrüßung und Verabschiedung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 8. März 2018

Der Präsident der DGO, Ruprecht Polenz, begrüßte die anwesenden Mitglieder. Er stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß an die Mitglieder versandt wurde und fragte, ob es Wünsche zur Änderung der Tagesordnung gäbe. Dies war nicht der Fall.

Ruprecht Polenz bat um ein kurzes Gedenken an die seit der letzten Mitgliederversammlung verstorbenen Mitglieder der Gesellschaft:

Dr. Peter Morré, verstorben am 4. September 2018

Dr. Johannes Baar, verstorben am 29. Oktober 2018

Prof. Luigi V. Ferraris, verstorben am 13. November 2018

Dr. Dietrich Frenzke, verstorben am 28. Dezember 2018

Dr. Werner Strietzel, verstorben am 1. Januar 2019

Dr. Jürgen Zarusky, verstorben am 4. März 2019

Im Anschluss daran bat er um Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, das im Rundbrief 1/2018 der DGO veröffentlicht wurde. Es gab keine Änderungswünsche seitens der Mitglieder.

2. Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2018

Den Mitgliedern wurden vor der Mitgliederversammlung die Rundbriefe 1+2/2018 sowie der Finanzbericht für das Jahr 2018 ausgehändigt. Gabriele Freitag berichtete über die Veranstaltungen der Geschäftsstelle im vergangenen Jahr, über die Aktivitäten zur Schaffung von mehr Transparenz und Gestaltungsmöglichkeiten für Mitglieder innerhalb der DGO sowie über die Planungen zur Einrichtung einer deutsch-belarussischen Geschichtskommission; Rebekka Pflug und Vera Rogova berichteten über die Einrichtung der Jungen DGO und deren bisherige Aktivitäten; Manfred Sapper berichtete über die Publikationen und weiteren Aktivitäten der Zeitschriftenredaktion OSTEUROPA (für eine detaillierte Beschreibung aller Aktivitäten s. die Rundbriefe 1+2/2018). Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Sebastian Lentz trug den Finanzbericht für das Jahr 2018 vor.

3. Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2018

Grundlage des Berichts war die Rechnungsprüfung durch Christian Meier und Manuela Troschke am 14. Februar 2019 in den Räumen der Geschäftsstelle der DGO.

Manuela Troschke trug den Bericht der Rechnungsprüfer vor und stellte fest, dass die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in Übereinstimmung mit dem Zweck der Gesellschaft und eine sachgerechte Verbuchung der Mittel erfolgt seien. Die schriftlichen Kommentare und Begründungen zu einzelnen Vorgängen belegten die Transparenz der Buchhaltung. Durch eingeworbene Kooperationen und zweckgebundene Zuwendungen konnten zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt werden. Die Mitgliederzahl entwickelte sich im Jahr 2018 positiv. Die Rechnungsprüfer hoben vor allem die aktive Mitgliederwerbung beim akademischen Nachwuchs hervor. Abschließend stellte Manuela Troschke fest, dass die Gemeinnützigkeit der DGO in keiner Weise gefährdet sei. Die Rechnungsprüfer schlugen die Entlastung des Vorstands vor.

4. Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Ruprecht Polenz forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf.

Die Fragen bezogen sich auf die Auflagenhöhe der Zeitschrift OSTEUROPA und Planungen zum kostenlosen digitalen Zugriff (open access) auf die Zeitschrift OSTEUROPA. Manfred Sapper erläuterte, dass die Auflagenhöhe je Themenheft zwischen 1.500 und 2.500 Exemplaren liegt. Für einen kostenfreien Zugang zur Zeitschrift müsste die Finanzierung neu strukturiert werden. OSTEUROPA ist aber bereits jetzt für registrierte Nutzer über Datenbanken einzelner Bibliotheken frei zugänglich. Die Vergabe entsprechender Lizenzen/Abonnements wird ausgebaut.

5. Entlastung des Vorstands

Mit Bezug auf den Vorschlag der Rechnungsprüfer bat Ruprecht Polenz um Abstimmung über die Entlastung des Vorstands. Die Entlastung des Vorstands wurde bei Enthaltung des Vorstands einstimmig beschlossen.

6. Bestellung der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2019

Ruprecht Polenz teilte mit, dass Christian Meier und Manuela Troschke bereit seien, auch für das

Jahr 2019 die Rechnungsprüfung zu übernehmen. Die Mitglieder wählten Christian Meier und Manuela Troschke bei deren Enthaltung einstimmig zu den Rechnungsprüfern für das Haushaltsjahr 2019.

7. Fachgruppen und Fachtagungen 2019

Gabriele Freitag berichtete über die Ernennung von Sprecherinnen und Sprechern für die Fachgruppen, die als Ansprechpersonen für die Mitglieder, den Vorstand und die Geschäftsstelle fungieren. Sie erläuterte das Ziel, die Fachgruppen gerade in den Disziplinen, die nicht explizit auf Osteuropa ausgerichtet sind, stärker als Diskussionsforum für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einem Osteuropabezug zu nutzen. Sie wies ferner darauf hin, dass die frühere Fachgruppe Politik um die Sozialwissenschaften erweitert wurde und die frühere Fachgruppe Slavistik durch die Umbenennung in Literatur- und Kulturwissenschaft ebenfalls eine disziplinäre Erweiterung erfahren habe.



Für das Jahr 2019 sind bisher zwei Fachtagungen geplant. Die Fachtagung Religion soll am 21. und 22. Juni unter dem Titel „Kirchen und Identität in Mittel- und Osteuropa“ in Berlin stattfinden. Die Fachtagung Politik- und Sozialwissenschaften ist für den 11. bis 13. September unter dem Titel „Wir und die Anderen.“ Politische Gemeinschaftsideen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und im postsowjetischen Raum“ in Bonn geplant. In Vorbereitung ist außerdem eine Fachtagung Geschichte, die im Spätherbst stattfinden soll.

8. Jahrestagung 2020

Ruprecht Polenz berichtete, dass das Thema und der Tagungsort der Jahrestagung 2020 noch nicht feststehen. Themenvorschläge werden gerne entgegengenommen. Der Vorstand wird in seiner Sitzung im Juni über die Jahrestagung beraten.

9. Wahl des Präsidenten und des Vorstands

Ruprecht Polenz teilte mit, dass Timm Beichelt, Sebastian Lentz, Rainer Lindner, Birgit Menzel und Stefan Troebst nicht mehr für den Vorstand kandidierten. Er wies darauf hin, dass die Mitglieder im Vorfeld aufgefordert wurden, eigene Kandidaturen zu melden oder andere Personen für die Wahl vorzuschlagen. Er übergab die Wahlleitung an Jörg Stadelbauer, der das Procedere der Wahl erklärte.

Zur Wiederwahl stellte sich als Präsident:
Ruprecht Polenz.

Für den Vorstand stellten sich zur Wiederwahl:
Dr. Sabine Fischer, Prof. Dr. Caroline von Gall,
Prof. Dr. Jan Kusber und Prof. Dr. Alfred Sproede.
Für den Vorstand kandidierten darüber hinaus:
Prof. Dr. Thomas Krüßmann, Prof. Dr. Alexander Libman, Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Bärbel Schmidt-Šakić, Michael Thumann, Prof. Dr. Anja Tippner und Dr. Susann Worschech.

Die Wahl des Präsidenten und des Vorstands erfolgten geheim.

10. Deutsch-russische Roadmap für die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Bildung

Sebastian Lentz führte in das Thema ein. Er wies darauf hin, dass in Zeiten zunehmend angespannter deutsch-russischer Beziehungen dem wissenschaftlichen Dialog eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Dieser lasse sich dem Feld der civil-public diplomacy zuordnen. Die genannte Roadmap schließe an die früheren deutsch-russischen Wissenschaftsabkommen aus den Jahren 2005 und 2009 an und lege die Strategie für Wissenschaftskooperationen in den nächsten zehn Jahren fest. Im Fokus stehen dabei die Förderung

von Spitzenforschung, die Verbesserung der Qualität von Forschung allgemein sowie die Verbesserung der Kommunikation im deutsch-russischen Wissenschaftsaustausch. Dabei bestehe durchaus die Gefahr, die Geistes- und Sozialwissenschaften aus ministerieller Sicht nur als Lendenschurz für das eigentliche Ziel der Großraumprojekte zu betrachten.

Staatssekretär Georg Schütte vom Bundesministerium für Bildung und Forschung stellte die vier Säulen der Roadmap vor. Säule I: Große Forschungsinfrastrukturen; Säule II: Thematische Prioritäten; Säule III: Nachwuchsförderung und Mobilität; Säule IV: Innovation, Wissenschaft und Gesellschaft. Er erläuterte, dass die russischen Interessen zunächst fast ausschließlich im



Bereich von Großprojekten und reziproken Investitionen lagen, während die deutsche Seite eine Kooperation auf sehr breiter Basis verfolgte. Im Gegensatz zu früheren Abkommen sei die Roadmap in einem bottom-up Prozess entwickelt worden, an dem auf deutscher Seite die Helmholtz-Gesellschaft und der Deutsche Akademische Austauschdienst beteiligt waren. Im Hinblick auf die Nachwuchsförderung gebe es den Plan eines gemeinsamen deutsch-russischen jungen Wissenschaftsrats.

Auf Nachfrage betonte Staatssekretär Schütte, dass Russland nicht grundsätzlich gegen Kooperationen im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften sei, allerdings nicht bereit sei, diese mit zusätzlichen Mitteln zu finanzieren. Die Frage nach der gegenseitigen Anerkennung nationaler oder internationaler akademischer Abschlüsse könne im Rahmen der Roadmap nicht behandelt werden, da dies Ländersache und damit im Zuständigkeitsbereich der Kultusministerkon-

ferenz sei. Die Nachwuchsförderung müsse im Kontext des zunehmenden brain-drains mit Bedacht konzipiert werden. Den Hinweis, dass wissenschaftliche Projekte häufig Gefahr laufen, nach der Konzeptionsphase von Unternehmensberatungen oder anderen kommerziellen Unternehmen übernommen zu werden, nahm Schütte zur Kenntnis. Er stellte abschließend in Aussicht, dass die DGO als Wissenschaftsvertretung an der weiteren Ausgestaltung der Roadmap beteiligt werden könnte.

11. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Der ursprüngliche TOP 12 wurde vorgezogen. Jörg Stadelbauer gab als Wahlleiter das Ergebnis der Auszählung der Stimmen bekannt:

Bei der Wahl des Präsidenten wurden 96 Stimmzettel abgegeben, die alle gültig waren. 91 Stimmen fielen auf Ruprecht Polenz.

Bei der Wahl des Vorstands wurden ebenfalls 96 Stimmzettel abgegeben, von denen ein Stimmzettel ungültig und ein Stimmzettel eine Enthaltung war. In den neuen Vorstand wurden weiterhin gewählt:

Dr. Sabine Fischer (77 Stimmen)
 Prof. Dr. Caroline von Gall (71 Stimmen)
 Prof. Dr. Jan Kusber (71 Stimmen)
 Prof. Dr. Alexander Libman (63 Stimmen)
 Prof. Dr. Gwendolyn Sasse (73 Stimmen)
 Bärbel Schmidt-Šakić (60 Stimmen)
 Michael Thumann (71 Stimmen)
 Prof. Dr. Anja Tippner (68 Stimmen)
 Dr. Susann Worschech (53 Stimmen)

Alle gewählten Personen nahmen die Wahl an. Der Wahlleiter beglückwünschte den Präsidenten und die gewählten Vorstandsmitglieder.

Ruprecht Polenz bedankte sich für das ihm gegenüber ausgesprochene Vertrauen.

11. Verleihung des Klaus-Mehnert-Preises

Ruprecht Polenz informierte darüber, dass 2018 insgesamt 21 Arbeiten aus sechs Disziplinen für den Klaus-Mehnert-Preis eingereicht worden waren. Die Arbeiten wurden in einem mehrstufigen Verfahren im Vorstand gesichtet.

Der Vorstand entschied, den diesjährigen Förderpreis der DGO an Clara Maddalena Fryszacka für ihre Dissertation ‚Zeit-Schriften.‘ *Die Konstruktion der historische Zeit in der Moderne am Beispiel der polnischsprachigen Wochenpresse „für viele“ am Ende des „langen“ 19. Jahrhunderts* zu vergeben.

Ruprecht Polenz dankte der Klaus-Mehnert-Gedächtnis-Stiftung, die auch im Jahr 2019 das Preisgeld stiftet. Joachim Lippott, Mitglied im Vorstand der Klaus-Mehnert-Gedächtnis-Stiftung, gratulierte der Preisträgerin. Die Laudatio hielt Alfred Sproede. Clara Fryszacka wies in ihrer Danksagung darauf hin, dass



es ihr wichtig sei, mit der vorliegenden Arbeit Polen nicht nur als Feld für empirische Forschung zu behandeln, sondern das östliche Europa auch als Region für Theoriebildung herauszustellen.

12. Verschiedenes

Der Präsident Ruprecht Polenz schloss die Versammlung um 17:30 Uhr und lud alle Mitglieder zur Eröffnung der Jahrestagung ein.

Klaus-Mehnert-Preis

Die Historikerin Clara Maddalena Fryszacka wurde für ihre Dissertation *Zeit-Schriften. Die Konstruktion der historischen Zeit in der Moderne am Beispiel der polnischsprachigen Wochenpresse ‚für viele‘ am Ende des ‚langen‘ 19. Jahrhunderts* mit dem Klaus-Mehnert-Preis ausgezeichnet.



Clara Maddalena Fryszacka

Zusammenfassung

von Clara Maddalena Fryszacka

Die *postcolonial studies* sowie die Debatten über die multiplen Modernen haben den euro-zentrischen und kolonialen Charakter der ‚Hoch-‘Moderne aufgezeigt. Diese, besser als eurozentrisch-kolonial bezeichnete Moderne lässt sich für das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert als hegemoniales Zeitregime verstehen. In diesem Regime stand Europa die längste Vergangenheit, die in der Gegenwart fortschrittlichste Position und die damit verknüpfte Rolle zu, die Zukunft der restlichen Welt bereits vorweg zu nehmen. Die historische Zeit diente dazu, Räume und Gruppen in der modernen Weltordnung zu verorten und mit dem ‚Maßstab Europa‘ zu vergleichen.

Clara Fryszacka untersucht, wie populäre polnischsprachige Zeitschriften im Zeitraum 1880–1914 die Vorstellungen historischer Zeit (re)produzierten und wie sie, so die Gutachterin Martina Kessel, „diese Vorstellungen nutzten, um die staatenlose und dreifach geteilte polnische Nation zu verorten. [...] Die Texte stellten Polen als peripher, semizentral oder im Mittelpunkt befindlich dar, als rückständig, aufholend und vorausblickend“, im Gleichschritt oder asynchron mit einem „ideal gedachten Europa“. Die Forschung verwies bereits mehrfach auf die ambivalente Lage der drei polnischsprachigen Gesellschaften jener Zeit, hin- und hergerissen zwischen Ost und West, Fortschrittlichkeit und Rückständigkeit, Europäizität und nationaler Eigenart, kultureller Selbstbezogenheit und imperial-kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen. Clara Fryszacka analysiert in ihrer Dissertation, wie diese Position ‚dazwischen‘, die sie durch den

räumlichen Begriff der Semiperipheralität theoretisch erfasst, von den Presseautorinnen und -autoren auch zeitlich konstruiert, verhandelt und hinterfragt wurde. Durch die Analyse der Presseartikel veranschaulicht sie das Zusammenwirken von Rückständigkeits- und Fortschrittsparadigmen, von vergangenheitsorientierten Verfallsnarrativen und zukunftsgerichteten Erwartungshorizonten der Wiedergeburt, von den Vorstellungen einer polnischen zivilisatorischen Verspätung mit Nachholbedarf gegenüber Westeuropa und Vorstellungen einer spezifisch-polnischen Vorreiterrolle in der europäischen Geschichte. *Zeit-Schriften* rekonstruiert somit paradigmatisch die komplexen und teilweise gegensätzlichen Formen des Selbstverständnisses mittelosteuropäischer Gesellschaften in der modernen Welt des imperialen Europas am Ende des ‚langen‘ 19. Jahrhunderts.

Die Dissertation wurde von Prof. Dr. Claudia Kraft betreut und 2017 in der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen eingereicht.

Auszug aus der Laudatio auf die Preisträgerin

Der Titel der Dissertation [...] lautet: „*Zeit-Schriften*“. Die Konstruktion der historischen Zeit in der Moderne am Beispiel der polnischsprachigen Wochenpresse ‚für viele‘ am Ende des ‚langen‘ 19. Jahrhunderts“ [...]. Die Frage nach der „Konstruktion der historischen Zeit“ greift auf die von Reinhard Kosellek und seinen Adepten entwickelte Idee zurück, dass imaginierte Zeitraster und temporale Strukturen selbst eine geschichtsmächtige Kraft sind, und zwar umso mehr im Kontext einer Fortschrittsgeschichte, wie sie die europäische Moderne für sich beansprucht. Auf Polen angewendet, gibt dieses Zeitmodell Antwort auf die Frage, wo Polen sich im Wettlauf zur Moderne einreihet: Wie nah oder fern liegt das Land von den Spitzenergebnissen der Moderne oder von den Zentren des modernen Europa, die den peripheren, d. h. zum Nachholen gehaltenen, Ländern gleichsam als Hegemonen die Ziele setzen.

Das Modell von Zentrum und Peripherie – eine traditionelle Denkfigur der sog. *postcolonial studies* – projiziert Clara Fryszacka auf die genannten geschichtsmächtigen Zeitraster und macht das durch einen pfiffigen Neologismus anschaulich: Während das schlichte Modell das Phänomen „Hegemonie“ *räumlich* ausbuchstabiert und zeigt, wie ein Zentrum die ebenbürtigen *Landschaften* kooptiert oder die nicht ebenbürtigen, d. h. subalternen, überragt, werden im Modell dieser Dissertation verschiedene *Zeitschaften* beschrieben, Selbstverortungsversuche in der zeitlichen Entfaltung der Moderne.

Für das im 19. Jahrhundert unter Preußen, Russland und Österreich aufgeteilte Polen lassen sich sehr differenzierte Zeitschaften (= Positionen im Fluss der Moderne) ermitteln: Die Posener Presse muss Rückständigkeitserfahrungen gegenüber Preußen verarbeiten, während die galizischen Polen sich in einer Zeitschaft verorten können (oder es auch naiv und anmaßend einfach tun), die den Lebensformen der russisch verwalteten Ukrainer gegenüber als fortschrittlich und an die Zeitstufe der Moderne nahe herangerückt gelten konnte. [...]

Neben der souveränen Methodik ist auch die Quellengruppe bemerkenswert, die Frau Fryszacka auswertet. Sie zieht aus allen drei Teilungsgebieten mit ihren sehr unterschiedlichen Öffentlichkeiten insgesamt 17 populäre (überwiegend Wochen-)Zeitschriften heran und wertet damit ein umfangreiches und

bislang noch nie so konsequent erforschtes Material aus, das ein anderes Zielpublikum und andere Sichtweisen hat als die Höhenkammliteratur der Eliten. Die Zeitschriften „für viele“ mit ihren heterogenen Leserschaften bieten die Vielstimmigkeit einer Debatte in diesen Zeitschnitten ab, die seitdem in weiten Teilen der Geschichtsschreibung, die einem teleologischen Weg Polens folgen, bis heute abhandengekommen ist.

Mit dieser Vielstimmigkeit ist auch unsere Gegenwart angesprochen, denn gerade heute wird mit Nachdruck gefragt: Wie ist Polens Platz in Europa? Rückständig? Aufholend? Vorauseilend? Peripher? Oder vielmehr im Zentrum des „anderen Europa“? [...]

Gerade weil die Arbeit von Frau Fryszacka Zurückhaltung übt gegenüber der Frage nach der heutigen Position Polens und seiner Menschen in Europa, kann sie ganz gelassen einen Instrumentenkasten öffnen, der einmal Erfolg für die Bewältigung des Themas „Polen und die EU *heute*“ verspricht. Dass dieser Horizont sehr behutsam in die Argumentation eingeht, unterstreicht die Gegenwartsrelevanz der Arbeit.

Im unmittelbaren Fachkontext ist zu sagen, dass die Dissertation einen Beitrag zu einer innovativen Historiographie Ostmitteleuropas liefert und am polnischen Beispiel zum Verständnis der ‚vielfältigen europäischen Modernen‘ beiträgt. Sie holt die altbekannten Diskussionen über die angebliche oder tatsächliche Rückständigkeit Ost(mittel)europas aus der Sackgasse einer durch die Kategorie Raum dominierten Beschreibung von „Strukturregionen“ heraus, nicht indem sie behauptet, diese Rückständigkeits seien pure Konstruktion, sondern indem sie das Augenmerk auf die Kategorie des historischen Denkens richtet, auf Zeitlichkeit, Zeitvorstellungen und die jeweiligen Selbstverortungen von historischen Akteuren in der Zeit. Die Dissertation stellt damit eine Pionierleistung dar. [...]

Auch im Namen der Auswahlkommission gratulieren wir – Jan Kusber und ich selbst – Ihnen sehr herzlich zum Klaus Mehnert-Preis!

Jan Kusber, Mainz/Alfred Sproede, Münster



Ein wichtiges Thema für die Junge DGO als neu gegründete Organisation ist die Institutionalisierung, und hier vor allem die Kommunikation und Zusammenarbeit untereinander. Die [AG Kommunikation](#) hat ein umfangreiches Konzept für eine DGO-eigene Plattform ausgearbeitet. Auf dieser Plattform wird es für Mitglieder möglich sein, eigene Profile anzulegen, sich mit anderen Mitgliedern zu vernetzen und in Gruppen zusammenzuarbeiten. Die Plattform soll Anfang 2020 freigeschaltet werden.

Die [AG Veranstaltungen](#) hat im Mai 2019 ein Webinar zum Thema „Die Kirche und der konservative Wertediskurs in der Ukraine“ mit Regina Elsner (ZOiS, Berlin) durchgeführt (Bericht auf Seite 46–47). Unabhängig vom Aufenthaltsort konnten die TeilnehmerInnen den Vortrag anhören und sich über

die Mikrofonfunktion an der Diskussion beteiligen. Die Ausschreibung eines [Mentoring-Programms](#) ist der Arbeit der AG Mentoring zu verdanken. Bereits im Oktober 2019 wird der Austausch zwischen den Mentees und den MentorInnen beginnen.

Ebenfalls im Oktober wird bereits zum zweiten Mal der [Workshop Zukunft Osteuropa](#) stattfinden, dieses Mal in Leipzig. Wie schon letztes Jahr in Frankfurt stehen Berufsorientierung sowie Netzwerkaufbau und -pflege im Mittelpunkt.

Die Sprecherinnen der Jungen DGO, Rebekka Pflug und Vera Rogova, freuen sich über Fragen, Anregungen, Ideen für Veranstaltungen, Kritik oder sonstige Anliegen.

Kontakt: jungedgo@dgo-online.org

Mentoring-Programm

Das Mentoring-Programm bringt Mitglieder der Jungen DGO, die sich im Studium, der Promotionsphase oder im Berufseinstieg befinden, mit berufserfahrenen DGO-Mitgliedern zusammen. Die Mentees haben durch den Austausch die Möglichkeit, sich beruflich und persönlich weiterzuentwickeln und Berufsperspektiven inner- und außerhalb der Wissenschaft kennenzulernen. Im Mittelpunkt steht die persönliche Beziehung: Die Mentorinnen und Mentoren lassen die Mentees an ihren Erfahrungen teilhaben und unterstützen diese bei der Reflektion beruflicher und persönlicher Pläne. Die Mentees erhalten außerdem die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen und auszutauschen. Den Mentorinnen und Mentoren bietet das Programm die Chance, Beratungskompetenzen auszubauen und Denkanstöße für die eigene Arbeit zu erhalten. Damit leisten sie einen aktiven Beitrag zur Nachwuchsförderung. Als MentorInnen fungieren berufserfahrene DGO-Mitglieder aus akademischen und außerakademischen Bereichen. Als Mentee kann sich jedes Mitglied der Jungen DGO bewerben. Das Matching orientiert sich an den Bedürfnissen und Interessen beider Seiten.

Weitere Informationen und Kontakt:

www.dgo-online.org/junge-dgo/mentoring-programm/



Personalien

Neuaufnahmen

Aliyev, Jun.-Prof. Azar, LL.M. / Halle
Bakir, Acelya / Berlin
Bär-Bouyssière, Dr. Bertold / Brüssel
Berndt, Valentina / Berlin
Birzer, Prof. Dr. Sandra / Hirschaid
Bluhm, Prof. Dr. Katharina / Berlin
Borghorst, Dr. Hermann / Berlin
Burger, Magdalena / Bamberg
Dangl, Bernadette / Weikersdorf (AT)
Dorn, Martin / Heidelberg
Dryndova, Olga / Berlin
Ehrling, Anika / Königs Wusterhausen
Eick, Felix / Berlin
Eras, Laura / München
Evdokimov, Mikael / Germersheim
Felde, Mareike zum / München
Frysztacka, Dr. des. Clara Maddalena / Berlin
Grandke, Sarah / Leipzig
Iwannek, Nadja / Leipzig
Jarasch, Dr. Ernst-Dieter / Berlin
Klatte, Luisa / Leipzig
Köllner, Dr. Tobias / Witten/Herdecke
Kreuzer, Samuel / Parkstein
Kruppa, Mirko / Berlin
Kucher, Dr. Katharina / Tübingen
Lennartz, Eva / Schwalmthal
Mahn, Martin / Zürich
Mishnev, Alexander / St. Gallen (CH)
Peltz, Dr. Christian / München
Petersen, PD Dr. Hans-Christian / Oldenburg
Schmidt, Stefan / Wuppertal, Fribourg (CH)
Schroeder, Martin / Kiew
Steinle, Karl-Heinz / Berlin
Stute, Malin / Dortmund
Thomas, Niklas / Dresden
Tippelskirch, Leopold Lukas von / Unterschleißheim
Traupe, Dorothea / Berlin
Uhl, Dr. Regina Anna / Leipzig
Wagner, Alina / Berlin
Walther, Eva-Maria / Regensburg
Zimmermann, Julia / Berlin

Abschiede

Roland **Bude**, Swisttal
 Verstorben am 17. April 2019

 PD Dr. Götz **Hillig**, Berlin
 Verstorben am 6. Juni 2019

 Erhard **Jacob**, Berlin
 Verstorben am 19. Juni 2019

 Prof. Manfred **Kerner**, Berlin
 Verstorben am 6. Januar 2019

 Dr. Peter **Morré**, Karlsruhe
 Verstorben am 4. September 2019

 Dr. Werner **Strietzel**, Hannover
 Verstorben am 1. Januar 2019

 Dr. Jürgen **Zarusky**, München
 Verstorben am 4. März 2019

Veröffentlichungen

Aust, Martin: [Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991](#). C.H. Beck, München 2019.

Beyme, Klaus von: [Die Russland-Kontroverse. Eine Analyse des ideologischen Konflikts zwischen Russland-Verstehern und Russland-Kritikern](#). Springer VS, Wiesbaden 2016, 2. Aufl. 2018.

Danyel, Jürgen / **Behrends**, Jan C. (Hg.): [Grenzgänger und Brückenbauer. Zeitgeschichte durch den Eisernen Vorhang](#). Wallstein Verlag, Göttingen 2019.

Dohrn, Verena / **Saß**, Anne-Christin / **Korkowsky**, Britta (Hg.), unter Mitarbeit von Tamara **Or**: [„... die Nacht hat uns verschluckt“. Poesie und Prosa jüdischer Migrant*innen im Berlin der 1920er und 30er Jahre. Eine Anthologie](#). Wallstein Verlag, Göttingen 2018.

Dohrn, Verena: [Die Kahans aus Baku. Eine Familienbiographie](#). Wallstein Verlag, Göttingen 2018.

Fieseler, Beate / **Markwick**, Roger (Hg.): [Sovetskij tyl 1941–1945. Povsednevnaia zhizn' v gody vojny](#). [Dt. Sowjetisches Hinterland 1941–1945. Alltagsleben in den Kriegsjahren.] Rosspen, Moskau 2019.

Gantner, Eszter / **Hein-Kircher**, Heidi / **Hochadel**, Oliver: [Backward and Peripheral? Emerging Cities in Eastern Europe](#). Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung/ Journal of East Central European Studies, Special Issue, 4/2018.

Hein-Kircher, Heidi / **Berezhnaja**, Liliya (Hg.): [Rampart Nations. Bulwark Myths of East European Multiconfessional Societies in the Age of Nationalism](#). New Perspectives on Central and Eastern European Studies, Vol. I, Berghahn Books, New York/Oxford 2019.

Heller, Wilfried (Hg.): [Jüdische Spuren im ehemaligen Sudetenland](#). Verlag Inspiration Un Limited, London/Berlin 2018.

Kleve, Heiko / **Köllner**, Tobias (Hg.): [Die Soziologie der Unternehmerfamilie: Grundlagen, Entwicklungslinien, Perspektiven](#). Springer VS, Wiesbaden 2019.

Köllner, Tobias (Hg.): [Orthodox Religion and Politics in Eastern Europe: On Multiple Secularisms and Entanglements](#). Routledge, London/New York 2018.

Kuhr-Korolev, Corinna / **Schmiegelt-Rietig**, Ulrike / **Zubkova**, Elena / in Zusammenarbeit mit Wolfgang **Eichwede**: [Raub und Rettung. Russische Museen im Zweiten Weltkrieg](#). Böhlau-Verlag, Köln 2019.

Küpper, Herbert / **Vincze**, Attila (Hg.): [Verfassungsgerichte und Obergerichte in Mitteleuropa](#). Studien des Instituts für Ostrecht München Bd. 83, Peter Lang Verlag, Frankfurt/M. 2018.

Kurzynsky-Singer, Eugenia / **Kulms**, Rainer (Hg.): [Ukrainian Private Law and the European Area of Justice](#). Mohr Siebeck, Tübingen 2019.

Kurzynsky-Singer, Eugenia: [Transformation der russischen Eigentumsordnung. Eine vergleichende Analyse](#)

[aus der Sicht des deutschen Rechts](#). Mohr Siebeck, Tübingen 2019.

Kuße, Holger: [Aggression und Argumentation. Mit Beispielen aus dem russisch-ukrainischen Konflikt](#). Slavistische Beiträge, Vol. 511, Harrassowitz, Wiesbaden 2019.

Merkel, Wolfgang / **Kollmorgen**, Raj / **Wagener**, Hans-Jürgen (Hg.): [The Handbook of Political, Social, and Economic Transformation](#). Oxford University Press, Oxford 2019.

Neef, Christian: [Der Trompeter von Sankt Petersburg. Glanz und Untergang der Deutschen an der Newa 1898–1938](#). Siedler-Verlag, München 2019.

Nicolosi, Riccardo / **Obermayr**, Brigitte / **Weller**, Nina (Hg.): [Interventionen in die Zeit. Kontrafaktisches Erzählen und Erinnerungskultur](#). Schöningh, Paderborn 2019.

Nicolosi, Riccardo: [Vyroždenie. Literatura i psichiatrija v ruskoj kul'ture konca XIX veka](#). [Dt. Entartung. Literatur und Psychiatrie in der russischen Kultur Ende des 19. Jahrhunderts.] Novoe literaturnoe obozrenie, Moskau 2019.

Petersen, Hans-Christian: [An den Rändern der Stadt? Soziale Räume der Armen in St. Petersburg \(1850–1914\)](#). Reihe: Peripherien. Beiträge zur Europäischen und Globalgeschichte, Bd. 4, Böhlau, Köln 2019.

Schneider, Eberhard: [Putin forever? Russische Sicherheits- und Innenpolitik](#). Lehrbuchverlag, Riga 2019.

Strauch, Christian-Daniel: [Tolstojs Thanatos: Tod und Sterben im Werk von Lev Tolstoj](#). Bausteine zur Slavischen Philologie und Kulturgeschichte, Reihe A: Slavistische Forschungen, Bd. 90, Böhlau, Köln 2018.

Tondera, Benedikt: [Reisen auf Sowjetisch. Auslandstourismus unter Chruschtschow und Breschnew 1953–1982](#). Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 85, Harrassowitz, Wiesbaden 2019.

Vetter, Reinhold: [Der Preis des Wandels. Geschichte des europäischen Ostens seit 1989](#). Herder, Freiburg 2019.

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Wissenschaft und Forschung

Deutsch-russische Roadmap für die Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Im Dezember 2018 haben die deutsche Ministerin für Bildung und Forschung und ihr russischer Amtskollege eine Vereinbarung über eine zehnjährige Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Forschung unterzeichnet. Der Schwerpunkt liegt auf großen Infrastrukturprojekten im Bereich der Naturwissenschaften und Technik. Umso wichtiger ist es der DGO, für eine stärkere Förderung der Zusammenarbeit in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu werben. Staatssekretär Georg Schütte stellte das Konzept und die Fördermöglichkeiten auf der Mitgliederversammlung der DGO im März vor. Dabei wurde deutlich, dass es bisher keine klaren Vorstellungen über die Einbeziehung der Geistes- und Sozialwissenschaften in die Roadmap gibt. Aus diesem Grund diskutierten die Sprecherinnen und Sprecher der

DGO-Fachgruppen bei einem Treffen im Mai in Berlin darüber, welche Themen und Förderangebote sinnvoll wären. Wichtige Kriterien für förderwürdige Themen sind die Orientierung an gesellschaftlichen Herausforderungen in beiden Ländern sowie die Anschlussfähigkeit für unterschiedliche Disziplinen. Unter den TeilnehmerInnen des Gesprächskreises herrschte Konsens darüber, dass die Nachwuchsförderung eine herausragende Rolle innerhalb der Roadmap haben sollte. Die Ergebnisse der Diskussion sind im Juli als Empfehlungen an das Ministerium versendet worden. Die ersten Ausschreibungen werden voraussichtlich im Winter 2019/20 veröffentlicht. Die DGO hat mit dem Ministerium einen weiteren Austausch über die Ausgestaltung der Roadmap vereinbart.

[www.bmbf.de/files/DEU-RUS Roadmap_DEU_unterzeichnet.pdf](http://www.bmbf.de/files/DEU-RUS_Roadmap_DEU_unterzeichnet.pdf)

Personalien

Zum Wintersemester 2018/19 hat **Pavel Kolář** die Professur für Osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz übernommen. Zuvor war er seit 2010 Professor für Vergleichende und Transnationale Europäische Geschichte am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Veranstaltungsberichte

Osteuropäische Opfer des Nationalsozialismus in der deutschen Erinnerungskultur

Bericht: Judith Heckenthaler, DGO

Foto: Topographie des Terrors

Was erinnern wir? Was vergessen wir? Warum werden die osteuropäischen Opfer der nationalsozialistischen Rassen- und Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg in der deutschen Erinnerungskultur vernachlässigt? Und wie können wir sie in dieser stärker verankern? Dies waren die zentralen Fragen einer Podiumsdiskussion mit Aleida Assmann, Professorin em. für Anglistik und Allgemeine Literaturwissenschaft (Konstanz), Jochen Böhler, Historiker am Imre Kertész Kolleg Jena und Claudia Weber, Professorin für Europäische Zeitgeschichte an der Europa-Universität Viadrina.

Die Bedeutung des Erinnerns und Vergessens für die Ausbildung des kulturellen Gedächtnisses einer Nation erläuterte die Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Aleida ASSMANN (Konstanz) in Anlehnung an den Soziologen und Philosophen Maurice Halbwachs. Jedes Individuum habe einen sozialen und meist auch einen nationalen Bezugsrahmen, der die Dynamik des Erinnerns und

Vergessens organisiere. Nationen erinnern historische Siege zur Schaffung eines positiven Selbstbildes, während sie Niederlagen verdrängen, so Assmann. Überwinden Nationen ihre Selbstbezogenheit, stellen

die Eindeutigkeit und Ausschließlichkeit von Erinnerung infrage, entwickeln Empathie für die Nachbarnation(en) und nehmen deren Leid in das eigene Gedächtnis auf, so entstehe aus dem monologischen – selbstreferentiellen – Erinnern eine dialogische Form. Die europäische Integration schuf, wie Assmann erklärte, einen neuen, transnationalen Rahmen und ließ die europäischen Staaten ein Stück weit von ihrer Selbstbezogenheit zurücktreten. Nun sei jedoch eine gegensätzliche Tendenz erkennbar:

Einige EU-Staaten griffen heute wieder verstärkt auf nationale Bezüge und Narrative zurück, so Assmann. Dies beeinträchtigt die europäische Integration.

Das Fehlen eines dialogischen, „europäischen Erinnerns“ veranschaulichte Assmann am Beispiel der

**Vortrag und Podiumsgespräch
am 15. Januar 2019, Berlin**

**In Kooperation mit dem Verband
der Osteuropahistorikerinnen und
-historiker e.V. (VOH) und der
Topographie des Terrors.**

osteuropäischen Opfer des Nationalsozialismus. Für diese Opfergruppen bestehe in der deutschen Erinnerungskultur ein „blinder Fleck“. Diesen gelte es zu überwinden, denn Vergessen ist eine besonders beharrliche Form der Konservierung negativer Vergangenheit. Wir müssen erinnern, um etwas hinter uns zu lassen, so Assmann.

Claudia WEBER (Frankfurt/O.) sah in der Komplexität des Kriegsverlaufs im östlichen Europa einen Grund für diese „Blindheit“. Die Fronten seien in Osteuropa zwischen 1939 und 1941 nicht so klar gewesen wie in Westeuropa. Im Gegensatz dazu sah Jochen BÖHLER (Jena) den wichtigsten Grund in der mangelnden Wissensvermittlung. Die Geschichte der osteuropäischen Opfergruppen sei unter Geschichtswissenschaftlerinnen und Geschichtswissenschaftlern bekannt. Dieses Kenntnis dringe jedoch nicht in die bundesdeutsche Gesellschaft durch. Ohne Wissen über etwas, lasse sich daran auch nicht erinnern, so Böhler. Historikerinnen und Historiker müssten ihrem gesellschaftlichen Auftrag der Vermittlung von Erkenntnissen über historische Zusammenhänge verstärkt nachkommen. Vermittlungsinstanzen wie Massenmedien oder Informations- und Dokumentationszentren spielen dabei eine entscheidende Rolle, erklärte Assmann.



Wie die Erinnerung an die Opfer des Vernichtungskriegs im Osten Europas materialisiert und im öffentlichen Raum fixiert werden kann, diskutierten die Podiumsgäste anhand der Initiative, in Berlin auf dem Askanischen Platz ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939–1945 zu errichten. Aufgerufen zum Bau des Denkmals hatten namhafte Persönlichkeiten vor allem aus Politik und Wissenschaft. „Es gibt kaum eine polnische Familie, die nicht betroffen war und ist von der deutschen Besatzungsherrschaft von 1939–1945. In Deutschland ist dieses barbarische Unrecht nur unzureichend bekannt“ – so heißt es in dem im November 2017 gestarteten Aufruf zum Bau eines Ortes des Gedenkens an die „unsäglich großen Opfer, Leiden und Erniedri-

gungen der Polen durch die verbrecherische deutsche Besatzung“ (www.deutsches-polen-institut.de/assets/downloads/Polendenkmal/Aufruf-Polendenkmal.pdf).

Alle drei Podiumsgäste sprachen sich für die Errichtung eines solchen Denkmals aus. Nichtsdestotrotz stellte Claudia Weber infrage, was ein Denkmal generell leisten kann. Zwar markieren Denkmäler das Gedenken im öffentlichen Raum, fraglich sei aber, ob sie die Erinnerung damit wirklich wachhalten können. Assmann entgegnete, dass ein Denkmal nicht primär etwas Materielles sei, sondern es seine Bedeutung erst durch die daran gebundenen Praktiken gewinne. Ein Denkmal sei eine soziale Skulptur, ein Treffpunkt von verschiedenen Gruppen und ein Ort, an dem es etwas zu tun gibt, so Assmann. Wie sollte ein solches Denkmal gestaltet sein? Weber betonte, dass ein Denkmal nicht ein klares Täter-Opfer-Narrativ präsentieren, sondern die Komple-

xität, Widersprüchlichkeit und Pluralität des Geschichtsverlaufs aufgreifen sollte. Böhler ergänzte, dass es nicht nur ein Gedenk-, sondern auch ein Informationsort sein sollte.

Aus dem Publikum kam der Vorschlag, statt des Denkmals ein multiperspektives Museum zu eröffnen. Dieses solle nicht ausschließlich der betroffenen Polen

und Polinnen, sondern aller osteuropäischen Opfergruppen gedenken und über diese informieren. Tendenziell begrüßte Böhler den Vorschlag, er unterstrich allerdings, dass ein solches Museum in Ergänzung zu, nicht aber an Stelle von einem Gedenkort an die polnischen Opfer errichtet werden könnte. Ein „Polen-Denkmal“ sei aufgrund der direkten Nachbarschaft von Polen und Deutschland notwendig, so Böhler. Dass die Leiden der Polen und Polinnen durch die deutsche Besatzung mehrheitlich vergessen werden und nicht in der heutigen deutschen Erinnerungskultur verankert sind, belaste das deutsch-polnische Verhältnis. Mit der Errichtung des Denkmals in Berlin setze Deutschland seinem Nachbarland ein Zeichen und beweise den Willen zur Aussprache und Annäherung.

Wohin steuert Mitteleuropa? Fünf Szenarien für 2025

Bericht: Judith Heckenthaler, DGO

Graphik: Visegrád Insight

Dreißig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Zukunft Mitteleuropas ungewisser denn je. Nach einer Währungskrise und dem Streit über die Richtung der europäischen Flüchtlingspolitik kommen grundsätzliche Differenzen über das politische Gesellschaftsbild und Regierungssystem zwischen verschiedenen Ländern auf den Tisch. Beschneidungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ländern wie Polen und Ungarn geben überall in der EU Anlass zur Sorge und fordern die liberale Ordnung heraus. Die Kulisse, vor der diese Differenzen zu Tage treten, ist denkbar ungünstig: Die wirtschaftliche Entwicklung und Angleichung Mitteleuropas verliert an Dynamik. Die geostrategische Lage Europas ist angesichts der aggressiven Haltung Russlands, dem Ausscheiden Großbritanniens und einer strategischen Desorientierung der USA prekär. Die aufstrebende Wirtschaftsmacht China drängt nach Mitteleuropa.

Wohin steuert Mitteleuropa nun? Die Zukunft der mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei

und Ungarn lässt sich nicht eindeutig prognostizieren. Wojciech PRZYBYLSKI von Visegrád Insight und Jörg FORBRIG vom German Marshall Fund of the United States haben fünf mögliche Szenarien für Mitteleuropas

Entwicklung bis zum Jahr 2025 erarbeitet und in der Studie „Central European Futures: Five Scenarios for 2025“ zusammengefasst. Die Zukunftsoptionen reichen von einer Spaltung Mitteleuropas, einem Triumph des Illiberalismus über die liberale Demokratie, der die EU zu nicht mehr als einer Freihandelszone degradiert, über die Entstehung eines Sicherheitsvakuums, bis hin zu einer proeuropäischen Bewegung der jungen Generation Mitteleuropas oder einem

Voranschreiten der europäischen Integration aufgrund einer isoliert nicht zu überwindenden Krisensituation.

Im Anschluss an die Präsentation der Szenarien diskutierten Przybylski und Forbrig mit Edit ZGUT (Polnische Akademie der Wissenschaften) und Franziska BRANTNER (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) auch über

Vortrag und Diskussion
am 29. Januar 2019, Berlin

In Kooperation mit Visegrád
Insight, dem German Marshall
Fund of the United States und
der Heinrich-Böll-Stiftung.

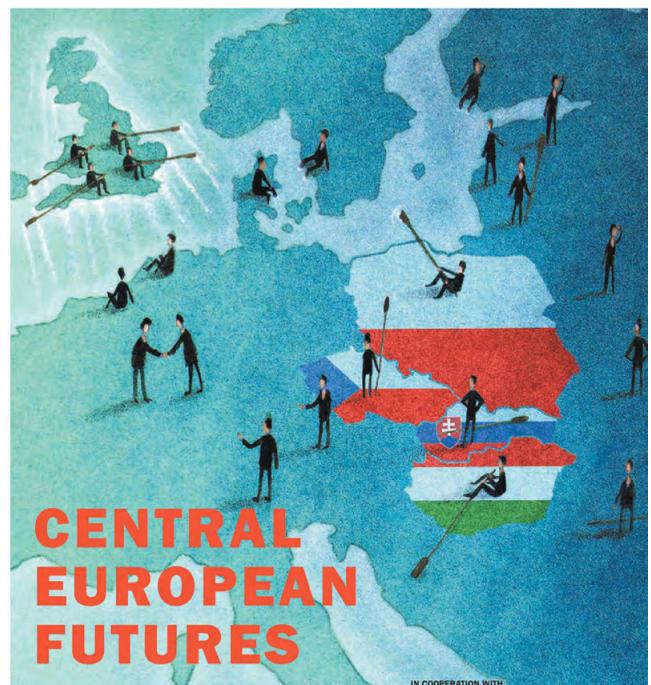
die aktuelle politische Situation in den Visegrád-Staaten. Am Beispiel von Ungarn zeigt sich das Dilemma, in dem sich die Europäische Union befindet. Trotz der liberalen europäischen Rahmenordnung sei es Orbán gelungen, das politische System Ungarns derart umzubauen, dass man es inzwischen als kompetitiven Autoritarismus bezeichnen müsse, so Zgut. Durch Zahlungen der EU an Ungarn werde das Regime sogar noch stabilisiert. Was kann die EU unternehmen, um illiberale bzw. autoritäre Entwicklungen wie in Ungarn zu begrenzen und die Wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zu sichern? Zgut zufolge besitzt die EU bereits effektive Instrumente dazu. Allerdings machten die Akteure momentan keinen Gebrauch von ihnen. Brantner hingegen forderte die Einführung neuer Verfahren, mit deren Hilfe die EU alle Mitgliedsstaaten besonders im Hinblick auf die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit – dem Fundament der Union – regelmäßig kontrollieren könne. Die Abgeordnete schlug die Bildung von Kontrollorganen aus Vertretern der nationalen Parlamente vor. Hinsichtlich der Vergabe von EU-Geldern sei das völlige Einfrieren von Zahlungen weder realistisch noch zielführend: Auf diese Weise bestrafe die EU die Bürgerinnen und Bürger der Staaten, ändere aber nichts an der Ursache des Problems, so Brantner. Anstatt Zahlungen auszusetzen, sollte stärker bedacht werden, an wen die Mittel innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten vergeben werden. Die Politikerin unterstrich, dass sie für ein hartes Vorgehen bei Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit einstehe. Die EU dürfe die jeweiligen Länder jedoch nicht isolieren: „Auch wenn Mitgliedsstaaten die Rechtsstaatlichkeit brechen, bleiben sie Teil der europäischen Gemeinschaft“, so Brantner. Die EU müsse mit diesen Staaten im Dialog bleiben. Jörg Forbrig bekräftigte dies und wies darauf hin, wie wichtig es sei, die mitteleuropäischen Staaten ernst zu nehmen, sie als gleichwertige Mitglieder anzusehen und ihnen dies auch glaubwürdig zu vermitteln. Es dürfe keine Zweiklassengesellschaft innerhalb der EU geben. Wojciech Przybylski nahm zugleich die Visegrád-Staaten in die Pflicht, seriös und glaubwürdig zu handeln. Es könne nicht angehen, dass Orbán in Brüssel und Budapest sich widersprechende Versprechen abgebe.

Zentral für die Zukunft Mitteleuropas sei auch, wie die Visegrád-Staaten untereinander kooperieren. Ihre Beziehung ist, so Przybylski, alles andere als harmonisch. Allein beim Thema Migration seien sie sich einig. Deshalb sei es für die Staaten auch so ein wichtiger Bezugspunkt.

VISEGRAD / INSIGHT

SPECIAL EDITION
1 (12) | 2018

ISSN 2084-8250 | GBP 4.99 | EURO 6.00 | PLN 16.00



IN COOPERATION WITH

Five Scenarios for 2025

G | M | F
The German Marshall Fund
of the United States
STRENGTHENING TRANSATLANTIC COOPERATION

Autoritarismus und was dann? Russland, die Türkei und die Entfremdung vom Westen

Bericht: Judith Heckenthaler, DGO

Fotos: ZOiS

Das Verhältnis Russlands und der Türkei zu Deutschland und der EU ist von Entfremdung geprägt. Unter Vladimir Putin und Recep Tayyip Erdođan sind zentralisierte Kontrollregime entstanden. Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten sind eingeschränkt oder abgeschafft. Das imperiale Erbe bestimmt das Weltbild der herrschenden Eliten, die auf nationalistische Mobilisierung, Repression und Abgrenzung vom Westen setzen. Doch wie stabil sind diese Ressourcen autoritärer Herrschaft tatsächlich? Worin unterscheiden sich die Türkei und Russland? Wo liegen die Potentiale für Kooperation und Konflikt zwischen Moskau und Ankara? Und wie sollen Deutschland und die EU eigentlich mit diesen fremd gewordenen Partnern im gemeinsamen Haus Europa umgehen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion, zu der die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde und das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) einluden. Bei dieser Gelegenheit wurde der neue „Osteuropa“-Band „Ver-

gleichende Toxikologie. Herrschaft in Russland und der Türkei“ vorgestellt.

In Wissenschaft und Publizistik wird oftmals die Notwendigkeit des Vergleichs als Methode betont. In der

Praxis stellen sich insbesondere bei transregionalen Vergleichen erhebliche Probleme. Zu nennen sind mangelnde Sprachkompetenzen, die verbreitete Spezialisierung auf eine Region und die komplexe Empirie. Unumstritten ist, dass durch den Vergleich erhebliche Erkenntnisse zu gewinnen sind. Manfred SAPPER, Redakteur der Zeitschrift „Osteuropa“, erinnerte daran, dass Vergleichen nicht Gleichsetzen bedeute. Ziel

des Bandes sei es gewesen, die Ursachen und Elemente autoritärer Herrschaft in wichtigen Nachbarstaaten der EU herauszuarbeiten und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu benennen und zu erklären.

Die Moskauer Journalistin Marija LIPMAN betonte, dass seit dem Putschversuch in der Türkei im Sommer 2016 und der Annexion der Krim durch Russland im Frühjahr 2014 immer mehr Parallelen in Politik und Ge-

Podiumsdiskussion am 28. Februar, Berlin

In Kooperation mit dem Zentrum
für Osteuropa- und internationale
Studien (ZOiS).

sellschaft zu beobachten seien. Auch sei das Verhältnis zur Europäischen Union belastet – und das obwohl die Türkei den Status eines Beitrittskandidaten erhalten hatte und noch vor nicht so langer Zeit Russland und die EU sich als „strategische Partner“ sahen.



Daran knüpfte Günter SEUFERT, Türkei-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), an. Lange Zeit habe die EU das Ziel verfolgt, in der Türkei und Russland Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und die Marktwirtschaft zu unterstützen. Das sollte die

Annäherung der beiden Staaten an die EU befördern. „Heute müssen wir einräumen: Dieses Ziel ist gescheitert“, so Seufert. Während die EU jahrzehntelang ihre Forderungen an die Türkei aus einer Position der Stärke vertreten konnte, ist die Lage nun eine andere. In der Beziehung zwischen der Türkei und der EU ist Brüssel nicht mehr der stärkere Partner. Heute könne die Türkei in zentralen Bereichen mehr Druck auf die EU ausüben als umgekehrt. Die Annäherung der Türkei und Russlands an die EU sei an der innenpolitischen Entwicklung in den beiden Staaten gescheitert, aber auch an der Unfähigkeit der EU-Staaten, eine einheitliche Politik zur Aufnahme der Türkei in die EU zu entwickeln.

Doch wieso bleibt die Türkei trotz der Rückschläge in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit sowie trotz der massiven Menschenrechtsverletzungen EU-Beitrittskandidat? Darauf Günter Seufert: „Kopenhagener Kriterien hin oder her, die EU und die Türkei haben beide momentan ein Interesse, dass die Türkei diesen Status behält.“ Die EU fürchte, dass sich die Türkei durch einen Entzug des Beitrittskandidatenstatus noch stärker von demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Prinzipien abwenden könnte. Die Türkei nutze ihren Status aus, um Forderungen an die EU zu stellen. Ankara brauche noch den Westen, um seine Stärke auszubauen und damit auch die Freiheit, sich später von diesem abzuwenden.

Braucht auch Russland den Westen als Antipoden? Nutzt die politische Elite das Bild von einer Bedrohung

durch den Westen, um die wachsenden Repressionen im Inneren zu legitimieren? Selbstverständlich, so Lipman, stelle das Putin-Regime die westlichen Sanktionen gegen Russland als einen Versuch dar, Russland zu schwächen und in die Knie zu zwingen. Dies schüre in der Bevölkerung eine antiwestliche Haltung und habe vorübergehend die öffentliche Zustimmung zu Putin erhöht. Dieses Bild von Russland als bedrohter Festung verliert aber an Überzeugungskraft. Seit der angekündigten Rentenreform sei Putins Unterstützung in der Bevölkerung gesunken. Für Marija



Lipman besteht dennoch kein Zweifel: „Putins autoritäres Regime ist höchst stabil.“ Das Regime ist zentralistischer geworden, die Herrschaft noch personalistischer. Die Macht über alle zentralen Bereiche liegt in der Hand Putins. Selbst die wirtschaftliche Stagnation der letzten Jahre destabilisiere nicht Russlands autoritäre Ordnung. Denn das Regime stütze sich auf die breite Masse der Bevölkerung. Die Unzufriedenheit wachse zwar, aber die Bürgerinnen und Bürger seien daran gewöhnt, sich anzupassen. Auch das türkische Regime sei sehr stabil, so Seufert, da es die gesamte Macht konzentriert und alle potentiellen Gegenspieler ausgeschaltet habe. Selbst das Militär ist heute keine unabhängige Kraft mehr, die Erdogans Macht herausfordern könnte.

Doch folgt aus diesen Ähnlichkeiten der autoritären Regime eine Grundlage für eine Partnerschaft? Obwohl die Türkei bis heute Mitglied der NATO ist, haben die beiden Staaten gemeinsam, dass ihre politischen Eliten die USA ablehnen. Insofern hängt die künftige Zusammenarbeit Russlands und der Türkei von der Außenpolitik der USA im Nahen Osten oder in Russlands Nachbarschaft ab.

Und wie lautet die Antwort auf die Frage „Autoritarismus und was dann?“ Lipman und Seufert sind sich einig: Im Osten nichts Neues! Die autoritären Regime in der Türkei und Russland stehen vor keinem Umbruch. Ihre Stabilität ist groß. Doch von welcher Stabilität ist eigentlich die Rede? Und zu welchem Preis?

Kontinentaldrift

Über das Zusammenwachsen und Auseinanderdriften Europas 1989–2019

Bericht: DGO

Fotos: David Oliveira

Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 schien es, als würde sich Europa von Lissabon bis Wladiwostok auf Demokratie und Marktwirtschaft zubewegen. Francis Fukuyama brachte diese Erwartung in seiner berühmten Formel vom „Ende der Geschichte“ zum Ausdruck. Heute herrscht überall Kapitalismus, doch um die Demokratie steht es schlechter. Die Spaltung zwischen liberalen und autoritären Ordnungen bestimmt das Bild. Traditionelle Bindungen wie die zu den USA erodieren. Wohin führt diese Kontinentaldrift? Wo liegen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Scheidelinien zwischen Konflikt und Kooperation auf dem Kontinent? Welches Koordinatensystem eignet sich zur Vermessung Europas, wenn Kategorien wie „Ost“ und „West“ immer weniger Aussagekraft haben? Dies waren die zentralen Fragen der Jahrestagung, die die DGO am 14. und 15. März gemeinsam mit dem German Marshall Fund of the United States in Berlin veranstaltete.

Jahrestagung der DGO
am 14. und 15. März 2019, Berlin

In Kooperation mit dem German
Marshall Fund of the United
States.

Das andere Ende der Geschichte

Philipp THER (Wien/New York) setzte einen Kontrapunkt zu Fukuyama: „Das andere Ende der Geschichte: 1989, der globale Neoliberalismus und seine illiberalen

Folgen“. Seit 1989/1991 haben sich unterschiedliche Formen von Kapitalismus entwickelt. China beweise, dass Kapitalismus auch ohne Demokratie funktioniert. In Ostmitteleuropa sei der Markt wichtiger gewesen als die Stärkung der Demokratie. Verantwortlich seien die neoliberalen Konzepte im Zeichen des „Washington Consensus“. In Polen unter Balcerowicz seien die Wirtschaftsreformen ohne Rücksicht auf die sozialen Belange der Menschen vorgenommen worden. Das alte Sozialsystem sei kollabiert, ein neues nicht finanzierbar gewesen. Migration habe als Ventil funktioniert, aber in der Bevölkerung der Zielländer wie Großbritannien Abstiegsängste und Fremdenfeindlichkeit verstärkt. Dies habe den Brexit befördert. Krisztián UNGVÁRY (Budapest) betonte, dass

nicht der Neoliberalismus an sich das Problem sei, sondern der Glaube, dass sich Werte und Normen von den demokratischen Staaten auf die ex-sozialistischen zügig übertragen ließen. Das sei naiv gewesen! Die politische Lage in Ungarn und Polen von heute zeige das. Geld lasse sich problemlos transferieren, ein politisches und kulturelles System nicht. Doch die illiberale Entwicklung in Ostmitteleuropa, so Ungváry, habe auch andere, tiefe historische Wurzeln. So gehe etwa das Verständnis und die negative Bewertung des „Liberalismus“ auf den Ersten Weltkrieg und seine Folgen für Ungarn zurück: Seit dem Friedensvertrag von Trianon ist „Liberalismus“ in der ungarischen Erinnerung mit Niedergang und Territorialverlust verbunden. In Ländern dagegen, die ihre Eigenstaatlichkeit den Pariser Vorortverträgen verdanken, hätten der Liberalismus und liberale politische Ordnungen bis heute eine positive Bedeutung.

Markt und Macht

Um Markt und Macht ging es im zweiten Panel. Yuliya YURCHENKO (London) warf der wissenschaftlichen Transformationsforschung vor, koloniale Narrative zu reproduzieren. Die Wissenschaft wie internationale Fördereinrichtungen, allen voran der IWF, seien sich einig gewesen, in den Markt zu investieren. Eine Alternative zum Aufbau des Kapitalismus sei nicht diskutiert worden. Dies habe den Angehörigen der alten Nomenklatura in Osteuropa in die Hände gespielt, die aus der Schattenwirtschaft heraustreten und zu den Gewinnern der Privatisierung zählten und erheblichen Einfluss in Wirtschaft und Politik hätten. In der Ukraine habe es eine Umschichtung des Kapitals, aber keine Transformation des Systems gegeben. Auch nach dem Majdan kontrollierten die Oligarchen in der Ukraine das Geschehen. Die Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine seien für sie eher förderlich gewesen. Laura ERAS (München) warnte davor, die Einführung des freien Marktes mit den kriegerischen Konflikten in der Ukraine in einen Kausalzusammenhang zu stellen. Es sei problematisch, die Oligarchen als Kriegstreiber zu betrachten. Janis KLUGE (Berlin) wies darauf hin, dass viele Aktivisten in der Ukraine die EU und den IWF heute als wichtigste Verbündete im Kampf gegen Kleptokraten im eigenen Land betrachteten. Problematisch sei, dass Korruption vor allem in regulierten Märkten



vorkomme. Daher könne der freie Markt auch ein Instrument zur Schwächung von Korruption sein. Er pflichtete Yurchenko trotzdem darin bei, dass eine gewisse Regulierung des Kapitals notwendig sei, zum Beispiel um die Kapitalflucht aus der Ukraine einzudämmen.

Osteuropaforschung

Die Themen und Thesen dieser Diskussionen griffen die Diskutanten des Panels „Drifts und Trends: Paradigmenwechsel der Osteuropaforschung, 1989–2019“ vom Standpunkt der Beobachter der Beobachter auf. Die Historikerin Julia OBERTREIS (Erlangen-Nürnberg) zeigte, dass die Kritik des Neoliberalismus, wie sie bei Ther und Yurchenko anklang, im Trend der Zeit liegt. Nach 1989 hatte die Osteuropäische Geschichte als Disziplin die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte weitgehend links liegen lassen und sich im Zeichen des „cultural turn“ und des „spatial turn“ – die von den Historikern meist als innerwissenschaftlicher Paradigmenwechsel

empfundenen wurden – vor allem Fragen der räumlichen Verortung historischer Vorgänge, der Alltagsgeschichte und der Identität (Ethnos, Nation, Erinnerung) gewidmet. Erst in jüngster Zeit spiele der Blick auf das Soziale – in auffälliger Parallele zur globalen politischen Entwicklung – wieder eine größere Rolle. Eine Lanze für einen aufgeklärten Positivismus brach der Sozialwissenschaftler Alexander LIBMAN (München). Auch die quantitative vergleichende Sozialforschung – die in der Volkswirtschaftslehre nahezu ein Monopol habe und auch in der Politikwissenschaft auf dem Weg zur Hegemonie sei – könne sich zwar nicht gänzlich davon lösen, auf sozialen Wandel zu reagieren. Doch nehme sie diesen Wandel als Forschungsgegenstand selbst in den Blick und

tischen Trends und politischen Konjunkturen abhänge. So sei das von ihr geleitete Zentrum 15 Jahre nach der Schließung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) nicht zuletzt aufgrund der neuen Konfrontation in Europa nach der Annexion der Krim durch Russland gegründet worden.

Sicherheitspolitik

Dass sich das Blatt auf dem Gebiet der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit seit dem Ende des Ost-West-Konflikts deutlich gewendet hat, war Thema des Panels „Das Ende des INF-Vertrags und die Sicherheit in Europa“. Zur Hoffnung auf eine friedliche Koexistenz und Kooperation besteht kein Anlass. Der Vertrag über das



reflektiere dabei ihren eigenen Standpunkt methodisch, wodurch sie zu einer gewissen Unabhängigkeit gelange. Anlass zu mehr Skepsis gab Gwendolyn SASSE, Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin, schien doch in ihrem Vortrag ein Dilemma auf: Einerseits sei sich die Politikwissenschaft bewusst, dass es in der Natur ihres Gegenstands liegt, dass sie keine Prognosen liefern kann. Dies sei ein grundlegender Wandel gegenüber jenen Zeiten, als man noch glaubte, Demokratie sei eine bloße Funktion des sozioökonomischen Entwicklungsstands oder entstehe regelhaft unter den Bedingungen einer bestimmten Elitenkonstellation. Andererseits wies Sasse darauf hin, wie stark die Möglichkeit, sich überhaupt wissenschaftlich mit Osteuropa zu beschäftigen, von wissenschaftspoli-

Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa, der INF-Vertrag, läuft zum 31. August 2019 aus. Konsens herrschte unter Katarzyna KUBIAK (London), Sergej OZNOBIŠČEV (Moskau) und Oliver MEIER (Berlin), dass Russland seine umstrittenen Raketen nicht vernichten werde, und die USA den Forderungen von Moskau nicht folgen werden, auf ihre Raketenabwehrsysteme in Polen und Rumänien zu verzichten. Moskau und Washington betreiben ein Nullsummenspiel und zerstören die nukleare Rüstungskontrolle. Entfremdung, Vertrauensverlust und Konfrontation kennzeichnen das politische Klima zwischen Russland und dem Westen. Und Oliver Meier mahnt: „Dass in Moskau und Washington autoritäre Populisten das Sagen über die Nuklearwaffen haben, ist zusätzlich ein Anlass zur Sorge.“

Vektor China

Die Europäische Union hat ihre Anziehungskraft als Garant von Wohlstand, Sicherheit und gesellschaftlicher Integration in den vergangenen 30 Jahren eingebüßt. Auf die Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007, die als Meilenstein bei der Überwindung des Ost-West-Konflikts gefeiert wurde, folgte Ernüchterung. Statt die Integration voranzutreiben, prägen nationalistische Interessen die europäischen Debatten in Ost wie West. Es steht zu befürchten, dass die Unzufriedenheit einiger EU-Mitgliedstaaten diese empfänglich für eine vertiefte Kooperation mit anderen Ländern macht, etwa China, das sich als attraktiver Wirtschaftspartner geriert. Bis auf Ungarn, so berichtet Kerstin Holm in der FAZ (18.3.2019) aus dem Panel „Vektor China: Driftet

das östliche Europa nach Osten?“, sei das chinesische Seidenstraßen-Programm vor allem in europäischen Ländern jenseits der EU erfolgreich. Jakub JAKÓBOWSKI (Warschau) legte dar, dass „diese Angebote [...] identisch mit denen für Afrika und Lateinamerika“ seien. Igor DENISOV (Moskau) goss Wasser in den Wein. Russlands Hoffnungen auf eine tiefere Allianz mit China hätten sich nicht erfüllt. Gemeinsame antiwestliche Positionen seien für Kooperation zu wenig: Sein Land sei schlicht nicht attraktiv für Investoren aus Peking.



Gesellschaftspolitik

Die gesellschaftliche Entwicklung in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas seit 1989/91 nahm das Panel „Transformationen des Geschlechts“ in den Blick. Das Ende des Sozialismus brachte demokratische und liberale Werte in die Region. Dieser Prozess wirkte sich auch auf gesellschaftliche Geschlechterrollen und die staatliche Geschlechterpolitik aus, die Bereiche wie Gleichstellung von Mann und Frau, Reproduktionsrechte, Schutz und Rechte von (sexuellen) Minderheiten oder Konzepte von Familie, Männlichkeit und Weiblichkeit umfasst. Diese Diskussionen hätten in den Gesellschaften Ost- und Ostmitteleuropas unterschiedliche Ergebnisse, wie die Soziologin Katharina BLUHM (Ber-

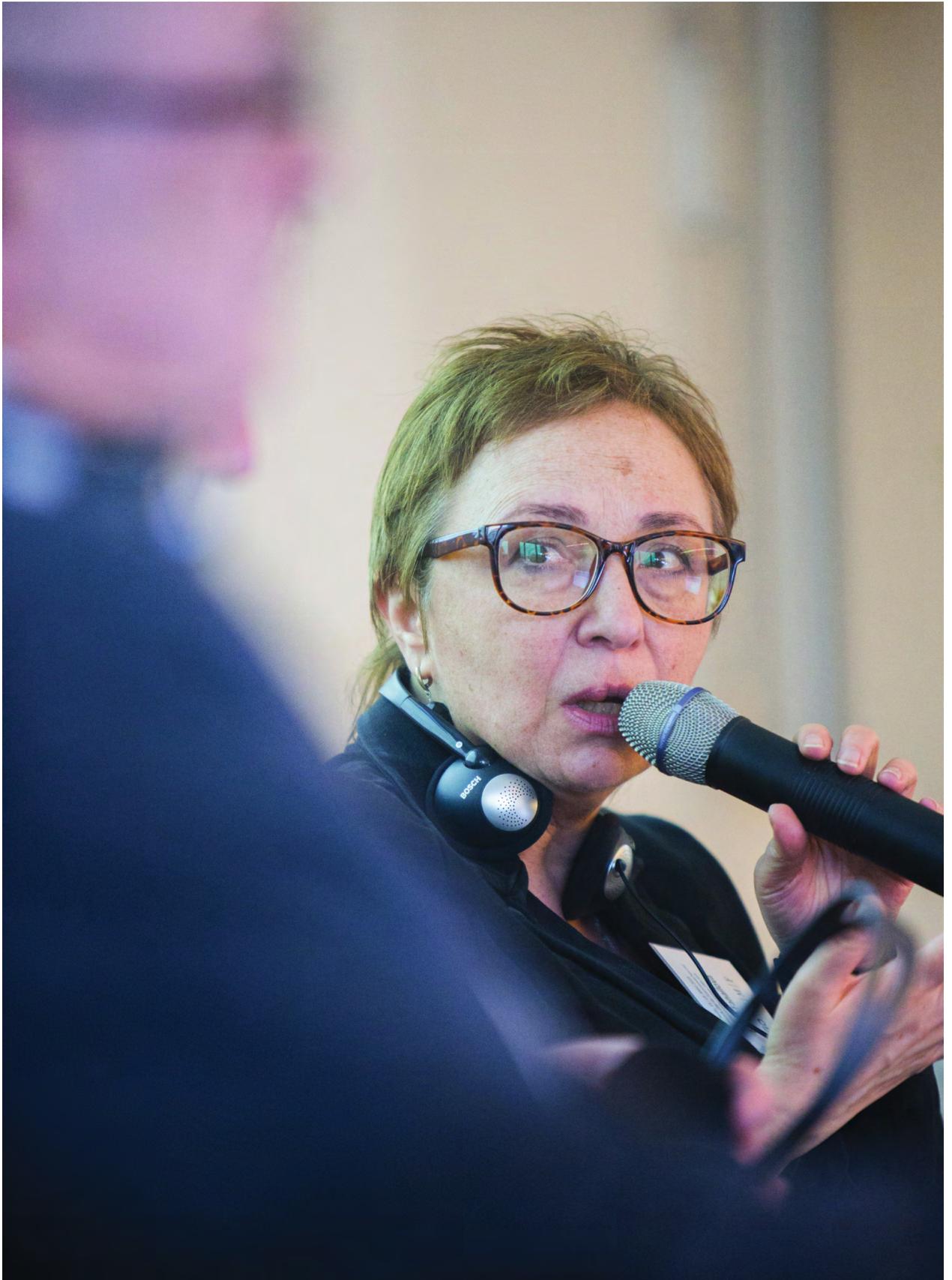
lin) ausführte. Während einige Staaten sich durch eine liberale Ausrichtung auszeichneten, sei in Polen oder Russland eine „konservative Wende“ zu beobachten. Zu den Symptomen gehörten eine fundamentale Kritik an den vermeintlich schädlichen Folgen der Postmoderne, die mit den individualisierten, vermeintlich ultra-liberalen Gesellschaften Westeuropas in Verbindung gebracht würden. Dass die Gesellschaften eines Landes gespalten sind, stellte die aus Polen stammende Aktivistin Urszula BERTIN heraus. So mögen die landesweiten Proteste gegen eine Verschärfung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch 2016 in Polen auf den ersten Blick überraschend gewirkt haben. Doch duldeten vor allem die Frauen in Polen keine weitere Einschränkung

ihrer Rechte. Das halte die polnische Regierung davon ab, im Wahljahr 2019 (EU-Wahl, Sejm-Wahl) nochmals einen Anlauf zu nehmen, das Abtreibungsrecht zu verschärfen. Der Journalist Ali FERUZ zeichnete ein düsteres Bild von der Lage für Homosexuelle in Russland. Gleichzeitig sei die Entwicklung irreversibel, dass Homosexuelle als Teil der Gesellschaft immer sichtbarer werden. Als Aktivist*in lebe man zwar gefährlich, dennoch herrsche in der Community die Überzeugung, dass sich der Einsatz lohne. Wichtig sei vor allem, Russlands Behörden immer wieder daran zu erinnern, dass Russland durch die Mitgliedschaft im Europarat und die Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention eine institutionelle Verpflichtung zur Achtung der Rechte sexueller Minderheiten eingegangen ist.



Kultur und Politik

Um die unterschiedlichen Sichtweisen auf den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und ihre anschließende Entwicklung ebenso wie um die Rolle der kulturellen Eliten drehte sich die Abschlussdiskussion der Literaten Elena FANAILOVA (Moskau), Adam POMORSKI (Warschau) und Serhij ZHADAN (Kiew). Pomorski verwies auf die polnische Tradition von Protest und Aufstand, die auch im Sozialismus lebendig blieb. Nach dem Aufstand von 1956 habe es im Bereich der Ästhetik eine erstaunliche Freiheit gegeben, die sich in Film, Theater, Literatur und Malerei widerspiegelte. Nach 1989 sei in Polen nicht nur die Intelligenz als soziale Schicht, sondern auch die Kultur des Wortes verschwunden. Die Kulturschaffenden befänden sich heute in einer Krise, weil sie aus ihrer Utopie herausgerissen wurden. Auch Zhadan verwies auf eine gewisse Ratlosigkeit in der Ukraine. Während nach 1989/91 der Wunsch nach Veränderung in der Ukraine sehr groß war, mache sich heute eine Schutzlosigkeit gegenüber dem Populismus bemerkbar. Umso wichtiger sei es für Schriftsteller, die Propaganda auszuschalten. Das Konzept des Dialogs habe in der Ukraine momentan keine positive Bedeutung, weil es mit der Kapitulation gegenüber Russland gleichgesetzt werde. In dieser Situation hätten Lyrik und Belletristik auch eine politische Bedeutung. Die Kultur kann und sollte die Herausforderungen der Gegenwart annehmen. Im Rückblick auf die Sowjetunion verwies Fanailova darauf, dass in den 1970er und 1980er Jahren der Hass auf das System die Menschen zum Samizdat geführt habe. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wollten breite Teile der Bevölkerung Russlands zu Europa gehören. Heute hingegen betrachteten viele Menschen in Russland Europa als Gefahr. Diese Ressentiments spiegelten auch eine Müdigkeit im Kampf um das Überleben, selbst wenn es Großstädten wie Moskau gut gehe. Die Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung werde einfach anders kanalisiert. Als Schriftstellerin und Lyrikerin, so Fanailova, müsse sie zur Aufklärung beitragen. Dabei versuche sie zwar nicht, sich nach dem Publikum zu richten, lasse in ihrer Lyrik aber auch die zu Wort kommen, mit denen sie nicht einverstanden sei. Wichtig sei es, den eigenen Anstand, die eigene Würde zu verteidigen.



Wessen Werte? Die Kirchen und der konservative Wertediskurs in der Ukraine

Bericht: Johannes Kleinmann, Mainz

Foto: Regina Elsner, ZOIS

Mit dem Beginn des Euromajdan und nach der Annexion der Krim durch Russland ist auch die Zugehörigkeit der orthodoxen Christen zu den verschiedenen Kirchen in der Ukraine zum Thema im politischen Diskurs geworden. Besonders kritikwürdig ist für viele Ukrainer der Umstand, dass die größte orthodoxe Kirche im Land, die „Ukrainisch Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats“, mit Russland verbunden ist. Der im April abgewählte Präsident Petro Porošenko unterstützte die Gründung einer unabhängigen ukrainischen Kirche. Am 6. Januar 2019 erkannte der Patriarch von Konstantinopel Bartholomaios I. in seiner Funktion als Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie die neu gegründete „Orthodoxe Kirche der Ukraine“ als autokephal an. Porošenko erklärte die religiöse Frage zur nationalen Frage und machte damit Wahlkampf. Sein Wahlkampfslogan lautete „Armee! Sprache! Glaube!“. Der neue Präsident Volodymyr Zelens'kyj scheint hingegen eine defensivere Haltung

einzunehmen. Mehrmals hat er erklärt, sich nicht in religiöse Fragen einmischen zu wollen.

In der deutschen Medienberichterstattung über die ukrainische Regierung spielte auch die Kirchenpolitik eine gewisse Rolle. Über die politischen Aktivitäten der ukrainischen Kirchen ist hingegen nur wenig bekannt. Diese sind keineswegs nur Objekt des politischen Prozesses, sondern versuchen auch aktiv, ihre Interessen durchzusetzen. In ihrem Vortrag „Die Kirche und der konservative Wertediskurs in der Ukraine“ stellte die promovierte Theologin Regina ELSNER (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin) die Ziele und Forderungen der verschiedenen religiösen Gruppen vor.

Die wichtigsten unter ihnen sind der „Allukrainische Rat der Kirchen und Religionsgemeinschaften (AURKR)“, die parlamentarische Gruppe „Für Spiritualität, Sittlichkeit und Gesundheit der Ukraine“, das „Allukrainische Familien-Forum“ und das „Allukrainische Konzil“. Am Beispiel

1h #jungedgo
am 15. Mai

Web-Vortrag der Arbeitsgruppe
Veranstaltungen der Jungen DGO

der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) verdeutlichte Elsner die Position und das Vorgehen dieser Gruppen. Sie lehnen diesen völkerrechtlichen Vertrag ab, da mit ihm eine „Gender-Ideologie“ in der Ukraine eingeführt werden solle. Die Folge war, dass die Istanbul-Konvention zwar bereits 2011 von der Ukraine unterzeichnet wurde, aber bis heute noch immer nicht ratifiziert worden ist.

Generell propagierten die genannten Gruppen die Durchsetzung vermeintlich traditioneller Werte in der ukrainischen Politik, allerdings unter Ausschluss der „russischen Welt“. Diese Werte würden zudem als neuer Kern der christlichen Einheit gesehen. Zugleich, so Elsner, unterstützten sie eine Annäherung der Ukraine an Europa, allerdings ohne „Gender-Ideologie“. In dieser Frage vertreten diese religiösen Lobbygruppen in der Ukraine einen ähnlichen Standpunkt wie gleichartige Organisationen in den Nachbarländern, beispielsweise in der Polnischen Republik.

Regina Elsners Vortrag fand im Rahmen des neugeschaffenen Online-Formats *1h #jungedgo* statt und bildete den Auftakt für eine Reihe von webbasierten Vorträgen. Ziel ist es, interessierten Personen die Möglichkeit zu geben, unabhängig vom Wohnort über spannende Themen ins Gespräch zu kommen. Die Junge DGO reagiert damit auf den Wunsch vieler Teilnehmer*innen der Veranstaltung „Zukunft Osteuropa“ (2018) nach mehr Angeboten auch außerhalb von Berlin, wo die Geschäftsstelle der DGO ihren Sitz hat. Geplant

sind zwei bis drei Webvorträge im Jahr, die sich explizit an junge Osteuropainteressierte wenden. Bei der Themenauswahl orientiert sich das Organisations-Team an den Wünschen der Zielgruppe. Neben Religion & Kirche gehören dazu insbesondere die Themengebiete Identitätspolitik, politisch-ökonomische Hegemonie in Ostmitteleuropa, Migration und der Transformationsprozess nach 1990. Die AG Veranstaltungen innerhalb der Jungen DGO freut sich über weitere Vorschläge und auf Vortragsangebote von Mitgliedern der (Jungen) DGO.



Energie und Sicherheit in Europa

Der Erdgastransit durch die Ukraine und die europäische Energiepolitik

Bericht und Foto: Alina Wagner, DGO

Noch kein Kubikmeter Gas, aber viel Aufruhr: Es ist nicht mehr zu bestreiten, dass das Nord Stream II Projekt zu einem außenpolitischen Spaltpilz geworden ist. Innerhalb der EU hat der Ausbau zusätzlicher Pipelinestränge zu erheblichen Auseinandersetzungen geführt. Als Ergänzung zu Nord Stream I soll die Pipeline vom russischen Vyborg durch die Ostsee nach Mecklenburg-Vorpommern führen. Das russisch-türkische Pipelineprojekt Turkstream, bei dem das Gas unweit Bulgariens anlanden würde, soll Ende 2019 bereits in Betrieb genommen werden. Mit beiden Pipelines sichert sich Gazprom weitere Zugänge zum europäischen Markt, die nicht über ukrainisches Territorium führen. In Kiew geht die Sorge um, dass das Land nach Inbetriebnahme der beiden Pipelines sowohl militärisch als auch politisch verwundbarer wird, da die EU dann unabhängiger vom funktionierenden Transit russischen Gases durch die Ukraine wird. Inmitten des Russland-Ukraine-Konflikts steht die deutsche Bun-

desregierung durch ihr Festhalten an der Kooperation mit Russland in der Kritik. Liefert sie die Ukraine der Willkür Moskaus aus? Rund die Hälfte der umstrittenen Pipeline ist bereits fertiggestellt, ein Abbruch der

Bauarbeiten steht nicht zur Debatte. Wird die Fertigstellung der russischen Röhre eine ernstzunehmende Gefahr für die Sicherheit in Europa? Darüber diskutierten deutsche und ukrainische Experten und Politiker.

Für Hanna HOPKO, Abgeordnete der Werchowna Rada von 2014–2019, ist Nord Stream II kein kommerzielles, sondern ein rein politisches Projekt. Es sei sowohl für die Staaten Osteuropas als auch für das Baltikum eine sicherheitspolitische Gefahr: „Was gebaut wird, ist kein Gastransit-

netzwerk, sondern ein Kriminaltransitnetzwerk.“ Eine Alternative für Empfänger in der EU wäre laut Hopko auch der Gasimport aus Kasachstan über die Ukraine. Es sei wichtig für die Ukraine, sich vom russischen Gas unabhängig zu machen, so die Politikerin. Insbesondere

Podiumsdiskussion
am 3. Juni 2019, Berlin

In Kooperation mit der International Renaissance Foundation und der DiXi Group.

von der deutschen Seite forderte sie mehr Engagement, die Ukraine sei ein zuverlässiger Partner: „Was wir versprechen, halten wir auch ein.“ Ganz im Gegenteil zu Russland, das nicht einmal den vereinbarten Waffenstillstand einhalte. An den Bundestagsabgeordneten Nils Schmid (SPD) gewandt fragte Hopko: Was könne die Ukraine von Deutschland erwarten, wenn Russland den militärischen Druck morgen erhöhen würde?

Nils SCHMID gestand zu, dass solche großen Projekte wie Nord Stream II keine rein kommerziellen Projekte seien, sondern immer auch eine politische Dimension hätten. Deshalb sei es besonders wichtig,

die Tatsache, dass der aktuelle Transitvertrag zwischen der Europäischen Union, Russland und der Ukraine bereits Ende 2019 ausläuft, die trilateralen Verhandlungen aber bisher erfolglos verlaufen seien. Angesichts des steigenden Energieverbrauchs werden Prognosen zufolge auch Nord Stream I und II den Bedarf an Gas nicht vollständig abdecken können. Der Gastransit durch die Ukraine bleibe somit unentbehrlich. Eine schnelle Einigung sei jedoch nicht in Sicht und die Situation werde brenzlicher, je näher die deadline rückt. Damit die Ukraine den Gastransit durch ihre Pipelines auch in Zukunft gewährleisten kann, muss das ukrainische Pipelinesystem



gleichzeitig den nachhaltigen Gastransit durch das ukrainische Pipelinesystem zu unterstützen. Nord Stream II könne erst in Betrieb genommen werden, wenn der Transit gemeinsam mit der Ukraine gelöst ist. Das Projekt jetzt aber zu stoppen, sei nicht mehr möglich. Für beide Seiten müsse ein sachgerechter Kompromiss gefunden werden. Mit Blick auf den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland machte er klar, dass eine militärische Lösung keine Alternative sei und die Politik in der Pflicht stehe. Die Bundesregierung müsse weiterhin Druck ausüben, dass das Minsker Abkommen eingehalten wird.

Um Bewegung in die festgefahrenen und teilweise unüberwindbar scheinenden Positionen zu Nord Stream II zu bringen, plädierte Olena PAVLENKO, Präsidentin des ukrainischen Think Tanks DiXi Group, für eine Lösungssuche am Verhandlungstisch. Dabei müsse Russland dazu bewegt werden, sich an die gemeinsamen EU- und Marktregeln zu halten. Das sei keine ungewöhnliche Forderung, alle Seiten müssten sich an die geltenden Gesetze halten. Sorgen bereitet Pavlenko

dem europäischen Standard angepasst werden. Dazu, so Pavlenko, sei jedoch der Abschluss entsprechender bilateraler Verträge notwendig.

Kirsten WESTPHAL von der Stiftung Wissenschaft und Politik wies auf die technischen Herausforderungen bei der Kopplung des ukrainischen Systems an das Kontinentalsystem hin. Bei einem Nichtbau der Nord Stream II Pipeline müssten ausgiebige Modernisierungsarbeiten im ukrainischen Gastransportsystem durchgeführt werden. Dieses erstrecke sich auf über 33 000 Kilometer, von denen 20 000 älter als drei Jahrzehnte sind (Roland Götz, in: OSTEUROPA 1–2/2019, S. 28). Gleichzeitig sei, so Westphal, der Gastransit durch die Ukraine unentbehrlich. Dieser werde nach wie vor in vollem Umfang gebraucht. Die Zukunft des Modernisierungsprojekts wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Es gibt einen Vorschlag der Bundesregierung zur Bildung eines Konsortiums, das mit EU-Krediten die ukrainischen Pipelines modernisiert. Russland müsse dann garantieren, eine Mindestmenge an Gas durch das ukrainische Netz zu pumpen.

Belarus, Russland und der Unionsvertrag Uneinig in der Vereinigung?

Bericht: Ina Lankovich, dbg

Am 8. Dezember 1999 unterzeichneten die Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka und Boris Jelzin einen Vertrag zwischen Belarus und Russland über die Schaffung eines Unionsstaates. Der Vertrag sieht unter anderem eine gemeinsame Verfassung, Währung, Zollbehörde, Gericht und einen Rechnungshof vor. Die lose Vereinigung fand in der Öffentlichkeit bisher wenig Beachtung, zumal die Unionspläne bis dato nicht umgesetzt worden sind.

Seit Ende 2018 knirscht es jedoch wieder in den bilateralen Beziehungen. Durch eine Steuerreform will Russland die Preise für den Verkauf von Rohöl im Inland an das Weltmarktniveau angleichen. Davon ist auch Belarus betroffen, das viel Geld mit dem Weiterverkauf des bisher zu Inlandspreisen und zollfrei gekauften russischen Öls verdient. Belarus fordert eine Entschädigung für die drohenden finanziellen Verluste. Russland ist grundsätzlich bereit, Belarus in dieser Frage entgegenzukommen, fordert von Lukaschenka im Gegenzug aber eine tiefere

Integration im Rahmen des Unionsvertrags. Mit Blick auf die Annexion der Krim durch Russland ist die Sorge vor dem Souveränitätsverlust von Belarus groß. Über die Bedeutung des Unionsvertrags für die russisch-belarussischen Beziehungen

so wie über die Haltung der Bevölkerung beider Länder zur möglichen Integration diskutierten auf Einladung der deutsch-belarussischen gesellschaft (dbg) und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) Experten aus Deutschland, Belarus, Russland und der Schweiz.

Artyom SHRAIBMAN (belarussisches Nachrichtenportal tut.by/Moskauer Carnegie-Zentrum) prognostizierte angesichts der neuen Dynamik in den belarus-

sich-russischen Beziehungen eine radikale Veränderung in den außenpolitischen Bedingungen für Belarus. Die konsequenten Integrationsforderungen und das untypisch aggressive Verhalten des ehemaligen russischen Botschafters in Minsk, Michail Babitsch, seien Symp-

Podiumsdiskussion
am 18. Juni 2019, Berlin

In Kooperation mit der
deutsch-belarussischen
gesellschaft (dbg).

tome einer großen Anspannung. Der Politologe Dmitry BALKUNETS (Moskau) teilte Shraibmans Einschätzung. Er glaubt jedoch nicht, dass es zu einer vollständigen Vereinigung gemäß Unionsvertrag kommt, wenngleich die ökonomische Abhängigkeit von Russland sowie der Bedarf an finanzieller Unterstützung aus Russland im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen dieses Jahr Belarus zu Kompromissen im Verhandlungsprozess veranlassen dürften. Als Quelle für zusätzlichen Druck in den bilateralen Beziehungen identifizierte Balkunets die sich häufenden Handelsstreitigkeiten und -barrieren. Ein weiteres gewichtiges Gegenargument für die Vereinigung beider Länder sei in der Struktur autoritärer Herrschaft angelegt, wie Shraibman ausführte. So widerspreche es dem Selbstverständnis von autoritären Staatskernern, Kontrolle abzugeben. Für Lukaschenka seien weder die paritätische Kontrolle mit Veto-Recht für Belarus noch die russische Dominanz in der Union eine Alternative zur unbeschränkten Macht in einem souveränen Staat. Auch die Eliten betrachteten die Souveränität als eine fundamentale Kategorie belarussischer Staatlichkeit und als Garantie ihres Machterhalts. Im Nomenklatura-Apparat herrschten loyale Anhänger der Elite, deren Einstellungen im Hinblick auf die Souveränität denen der Elite glichen. In Fragen der neuen Identitätsbildung sowie Diversifizierung der Außenpolitik und des Außenhandels erwiesen sich die Ökonomie-Technokraten und Vertreter vom Außenministerium allerdings als progressiver.

Die belarussische Gesellschaft beschrieb Shraibman als apolitisch und stark atomisiert. Soziologische Befragungen hätten gezeigt, dass die Belarussen mehrheitlich – wie auch die Russen – kein Interesse an den mit einer institutionellen Integration verbundenen Fragen haben. Die Integrationsprozesse befänden sich an der Peripherie ihrer Interessen. Auch junge Menschen, die die digitalen Technologien nutzten und einen insgesamt modernen Lebensstil pflegten, sähen kaum Chancen auf Veränderungen durch politisches Engagement. Oft entschieden sie sich für die Migration oder suchten sich nicht-politische Bereiche für ihre Selbstverwirklichung. In Russland sei Umfragen zufolge der Hälfte der Bevölkerung nicht einmal bekannt gewesen, dass es den Unionsstaat zwischen Russland und Belarus überhaupt gibt.

Benno ZOGG (Zentrum für Sicherheitsstudien in Zürich) diskutierte die problematische Verquickung der ökonomischen und politischen Dimension in der Beziehung beider Länder. Das belarussische Wirtschaftsmodell sei stark auf russische Subventionen angewiesen. Daraus speise sich zugleich die politische

Abhängigkeit des Landes von Russland. Die Ableitung politischer Integrationsforderungen an Belarus sei daher kaum vermeidbar gewesen. Ist vor diesem Hintergrund der Verzicht von Belarus auf die Subventionierung von Öl und Gas aus Russland eine realistische Option? Sollte sich Belarus nicht viel stärker auf die Modernisierung seiner Volkswirtschaft konzentrieren als weiter in Abhängigkeit von Russland zu verharren? Shraibman glaubt nicht, dass das funktionieren würde. Schuld daran sei die Trägheit der belarussischen politischen Elite, die nichts mehr als den Machtverlust fürchte und die, statt zu experimentieren, auf die seit Jahren funktionierenden Mechanismen und Formate setze. Balkunets stimmte Shraibman zu und ergänzte, dass der Verzicht auf russische Subventionen auch wegen der nicht realisierten strukturellen und ökonomischen Reformen in Belarus unmöglich sei. Im Gegenteil würde der Verzicht auf die Subventionen zur unmittelbaren Verschlechterung der sozial-ökonomischen Lage der Bevölkerung führen und damit die Wahrscheinlichkeit von Protesten erhöhen. Vor dem Hintergrund der Krim-Annexion durch Russland ist auch die sicherheitspolitische Dimension ein relevantes Thema für Belarus. Wie Zogg ausführte, hätten die Entwicklungen in der Ukraine 2014 gezeigt, dass man sich nicht auf internationale Garantien von Souveränität und territorialer Unversehrtheit verlassen könne, wie dies im Budapester Memorandum vorgesehen war. Die Europäische Union sei am Erhalt des Status Quo in der Region interessiert und damit an der „Mediatorenrolle“ von Belarus. Im Extremszenario würde sie die Souveränität von Belarus jedoch nicht mit allen Mitteln verteidigen. Zogg hält es für angebracht, dass Belarus mehr Wert auf eine konstante Rhetorik und zuverlässige Außenpolitik lege, um mögliche Risiken zu minimieren.

Wie sich die Dynamik der belarussisch-russischen Beziehungen in der nahen Zukunft weiterentwickelt, ist derzeit nicht absehbar. Dass in mittelbarer Zukunft Bewegung in das Verhältnis kommen wird, scheint jedoch vorprogrammiert zu sein: Die fehlende Legitimität und unklare Nachfolgeregelungen für die Spitzenämter in beiden Staaten dürften für eine außergewöhnliche Dynamik sorgen.

Churches and Identity in Central and Eastern Europe

Bericht: Regina Elsner, ZOiS

Foto: ZOiS

Nach dem Ende des Sozialismus in Mittelost- und Osteuropa sahen sich die Gesellschaften mit enormen Herausforderungen konfrontiert. In politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen waren die Kirchen oft ein wichtiges Element der nationalen, kulturellen und psychologischen Selbstvergewisserung. Gleichzeitig mussten sich die Kirchen nach Jahrzehnten der Unterdrückung unter den jeweiligen Bedingungen von Religionsfreiheit neu verorten. In mehrfacher Hinsicht hat die postsozialistische Suche nach Identität Auswirkungen auf die Rolle der Kirchen in den gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Prozessen.

Die diesjährige Tagung der Fachgruppe Religion widmete sich der Analyse von verschiedenen Strategien der Kirchen in Ländern Mittelost- und Osteuropas in den vergangenen 30 Jahren, um mit den internen und externen Veränderungen umzugehen. Welche Rolle nahmen die Kirchen bei der postsozialistischen Identitätssuche ihrer jeweiligen Länder ein und wie wurden sie selbst davon beeinflusst?

In ihrer Begrüßung wies ZOiS-Direktorin und DGO-Vorstandsmitglied Gwendolyn Sasse auf die Bedeutung des interdisziplinären Fachgesprächs zu Osteuropa zwischen den Sozialwissenschaften und

den Geisteswissenschaften hin. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre in den meisten postsozialistischen Ländern habe gezeigt, dass man viele gesellschaftliche Konflikte nur mit der religionswissenschaftlichen bzw. theologischen Expertise verstehen könne.

Olaf MÜLLER (Münster) thematisierte in seinem Eröffnungsvortrag die soziologischen Veränderungen von Religiosität in Mittelost- und Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus.

Besonders in orthodox geprägten Gesellschaften sei eine hohe religiöse Selbstidentifikation zu beobachten, obwohl diese nicht immer mit einer gelebten kirchlichen Bindung einhergehe. Bei der Frage nach einem Zusammenhang von religiöser und nationaler Identität zeigten die orthodoxen Länder besonders hohe Werte, in

**Tagung der DGO-Fachgruppe
Religion
am 21. und 22. Juni 2019, Berlin**

**In Kooperation mit dem Zentrum
für Osteuropa- und internationale
Studien (ZOiS).**



mehrheitlich katholischen und protestantischen Ländern sei diese Verknüpfung seltener zu finden. Gleiches zeigt sich, wenn man Antworten zur kulturellen Überlegenheit vergleicht. Müller differenzierte zwischen der Instrumentalisierung des trennenden Potentials von Religion auf der kollektiven Ebene und der positiven Rolle des humanisierenden Potentials auf der individuellen Ebene.

Dieser grundsätzlichen soziologischen Einführung folgten Länderstudien zu einzelnen zentral- und osteuropäischen Staaten. Alena KHARKO (Eichstätt) und Natallia VASILEVICH (Minsk/Bonn) thematisierten die Rolle der römisch-katholischen Kirche und der Russischen Orthodoxen Kirche in Belarus. Beide galten bis vor wenigen Jahren jeweils als „nationale“ Kirchen und wurden eindeutig als polnische bzw. russische Kirche charakterisiert. Die Emanzipierung beider Gemeinschaften als ausdrücklich belarussische Kirchen wurde seit einigen Jahren sowohl durch politische Entscheidungen – etwa die wachsenden Hindernisse für ausländische Priester oder das ambivalente Verhältnis zu Russland – als auch durch kirchliche Entwicklungen – etwa die institutionelle Stagnation und die Mobilisierung der kirchlichen Zivilgesellschaft – beeinflusst. Die Beispiele der jeweiligen Kirchenführer unterstreichen außerdem die entscheidende Rolle einzelner Persönlichkeiten für die Identität der Kirche und ihrer gesellschaftlichen und politischen Position.

Im zweiten Panel gaben András MÁTÉ-TÓTH (Szeged) und Miro KOCÚR (Bratislava) Einblicke in die postkommunistischen Entwicklungen in Ungarn und der Slowakei. In beiden Ländern instrumentalisieren Poli-

tiker*innen die jeweils dominante römisch-katholische Kirche für ihre national und moral-konservativ orientierte Agenda. Diese Allianz führe zu spürbaren Zustimmungsverlusten in Umfragen, so dass die Kirchen zwar auf der institutionellen Ebene als wichtiges Element der jeweiligen nationalen Identität gelten, zugleich jedoch kaum Unterstützung in der Gesellschaft und unter ihren eigenen Gläubigen finden.

Das dritte Panel widmete sich der Frage nach der kirchlichen und ethnischen Identität von muttersprachlichen Gemeinden in Deutschland. Nikolaj THON beschrieb aus seiner Erfahrung als langjähriger Sekretär der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland die Herausforderungen orthodoxer Gemeinden durch die Zuwanderung aus osteuropäischen Ländern. Dabei spielte das Verhältnis der Generationen und der Wunsch, Sprache, Kultur und Glauben möglichst verlustfrei zu bewahren, eine bedeutende Rolle. Die Funktion muttersprachlicher Gemeinden als „home abroad“ und Ort der Selbstvergewisserung der eigenen Identität identifizierte auch Klaudia HÖFIG vom katholischen Erzbistum Berlin. Sie machte außerdem am Beispiel polnischer katholischer Gemeinden im Erzbistum Berlin auf das Spannungsverhältnis zwischen der Bewahrung ursprünglicher religiöser und kultureller Identität und dem gleichzeitigen Wunsch nach einer Erneuerung der eigenen Religiosität vor dem Hintergrund der erlebten religiösen Pluralität in Deutschland aufmerksam.

In Panel vier thematisierten Sergij BORTNYK und Natalia KOCHAN aus Kiew die kirchliche Lage in der Ukraine unter Berücksichtigung der derzeitigen

politischen Verstrickungen der Kirchen. Bortnyk zeigte anhand aktueller soziologischer Umfrageergebnisse die Unterschiede in Bezug auf Religiosität und den Wunsch nach einer geringen kirchlichen Beteiligung an politischen Vorgängen. Sowohl sprachliche als auch religiöse Zugehörigkeit seien demnach deutlich weniger relevant für die angebliche Spaltung des Landes als das Streben nach nationaler Selbstbestimmung. Wenn Kirchen national argumentierten, provozierten sie eher neue Spaltungen im Land, als dass sie die Einheit förderten. Kochan bestätigte viele Beobachtungen ihres Kollegen mit Blick auf die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK). Diese bestimme ihre Identität in Abgrenzung sowohl zur römisch-katholischen als auch zur Russischen Orthodoxen Kirche. Sie sei damit nicht als Instrument des Dialogs zwischen beiden Seiten geeignet und binde sich außerdem aufgrund der Instabilität dieser abgrenzenden Faktoren außerordentlich an den nationalen Faktor. Dadurch verliere sie jedoch den beanspruchten Beitrag zur einigenden multiethnischen Identität der Ukraine.

Im fünften Panel diskutierten Nadieszda KIZENKO (Albany, New York/USA) und Irina PAERT (Tallin) die Herausforderungen für die Identität russisch-orthodoxer Gläubiger als Angehörige der Minderheitenkirche in Nordamerika und in Estland. In beiden Fällen wurde die Bedeutung unterschiedlicher, teilweise konkurrierender historischer Narrative für die Verortung der Kirchen in der Gesellschaft deutlich. Für die US-amerikanische Kirche der russisch-orthodoxen Tradition hatten das Aufeinandertreffen verschiedener Migrationswellen und schließlich die Vereinigung der Russischen Orthodoxen Kirche im Ausland mit der ROK im Jahr 2007 einen entscheidenden Einfluss auf ihr Selbstverständnis. Dieses sei zunehmend von einer Russland-Nostalgie und weniger von der Vorstellung einer Kirche in Opposition zum Establishment geprägt. In Estland spiele die Spaltung zwischen der Kirche des Moskauer Patriarchats und der Kirche des Ökumenischen Patriarchats eine wichtige Rolle für die Profilierung einer eher traditionellen bzw. progressiven Identität. Die Spaltung verhindere jedoch in erster Linie eine glaubwürdige missionarische Tätigkeit in der estnischen Gesellschaft.

Das sechste Panel widmete sich schließlich der Lage in Russland. Scott KENWORTHY (Oxford, Ohio/USA) erläuterte unter Bezug auf die Umbrüche während und nach der Revolution 1917/18, dass die gegenwärtige Religiosität der russischen Bevölkerung und ihre Ausdrucksformen nur vor dem Hintergrund des

radikalen Abbruchs der kirchlichen Identität durch den Kalten Krieg angemessen verstanden werden können. Nadezhda BELJAKOVA (Moskau) untersuchte in ihrem Beitrag die Rolle von evangelischen Kirchen und Gemeinschaften in Russland. Diese stehen oft in einer Spannung zwischen den westlichen (oft amerikanischen) Werten, in die sie durch ihre konfessionelle Zugehörigkeit eingebunden sind, und den Anforderungen der russischen Gesellschaft bzw. des Staates. Nicht selten können letztere sich durchsetzen, sodass diese Kirchen in einen Gegensatz zu den evangelischen Gemeinden im Rest der Welt geraten.

In einem öffentlichen Vortrag gab Regionalbischof Johann SCHNEIDER, langjähriger Referent für den Dialog der Evangelischen Kirche in Deutschland mit den orthodoxen Kirchen, einen Überblick zur Dynamik der Identitätssuche der osteuropäischen Kirchen nach 1989. Mithilfe des Konzepts der „konfessionellen Nationalität“ (Emanuel Turczinsky) beschrieb Schneider die Prozesse der Verflechtung von Konfessionalität und nationaler Identität in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Ein spezifisches Problem dieser Region sei das Selbstverständnis der Kirchen, durch unterschiedliche historische Etappen hindurch Bewahrerin nicht nur des Glaubens, sondern auch bestimmter kultureller Elemente zu sein, etwa der Sprache bestimmter Volksgruppen. Schließlich konstatierte Schneider für alle Kirchen der Region eine bleibende Skepsis gegenüber der akademischen Theologie, die darum nur begrenzt Einfluss auf die Identitätsdiskurse innerhalb der Kirchen und zwischen Kirche und Gesellschaft nehmen könne.

In der Abschlussdiskussion der Tagung unterstrichen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Notwendigkeit weiterer komparativer Studien zur Verflechtung kirchlicher und gesellschaftlicher Identitätssuche in den postsozialistischen Ländern. Offensichtlich gibt es gewisse Parallelen besonders in Abhängigkeit von der Dauer und Massivität atheistischer Unterdrückung sowie von der Stabilität gemeinsamer Narrative. Gleichzeitig wird die theologische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen moderner Gesellschaften und der Rolle von Kirchen in ihnen äußerst unterschiedlich betrieben. Dies gilt auch für die Bedeutung der Pluralisierung individueller Religiosität für die kirchliche Identität.

Der Europarat und Russland Zwischen Kompromiss und Glaubwürdigkeit

Bericht: Alina Wagner, DGO

Fotos: Ulrike Sapper

Am 25. Juni 2019 fiel nach neunstündiger Debatte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats die Entscheidung zugunsten der Russischen Föderation: Eine Mehrheit der Delegierten stimmte für den Verbleib Russlands im Europarat, 62 stimmten dagegen, zehn enthielten sich. Gleichzeitig erhielten die russischen Delegierten ihre Stimmrechte zurück, die ihnen die Parlamentarische Versammlung nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 entzogen hatte. Die Delegierten beschlossen außerdem, die Mechanismen zur Anwendung von Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten neu zu regeln. In Zukunft darf kein Stimmrechtsentzug mehr erfolgen.

Über die Entscheidung im Europarat diskutierten am Tag danach auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Praxis. Hat Russland die Sanktion erfolgreich ausgesessen und ist für sein Durchhalten am Ende noch belohnt

worden? Oder überwiegen die Notwendigkeit, den russischen Menschenrechtlern einen juristischen Rahmen und Schutz für ihre Arbeit im Land zu geben, sowie die Möglichkeit, das Land in die Pflicht nehmen zu können,

den vermeintlichen Erfolg der Russischen Föderation?

Gyde JENSEN, Bundestagsabgeordnete für die FDP, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und als Delegierte der Bundesrepublik Deutschland bei der Abstimmung in der Parlamentarischen Versammlung live dabei, war eine von zwei deutschen Abgeordneten, die gegen den Verbleib Russlands im Europarat gestimmt hatten. Sie begründete ihre Entscheidung damit, dass Regelbrüche Konsequenzen haben müs-

sen. Dass Russland nun im Rat bleibe, sei alles andere als ein „Kompromiss“, als den Bundesaußenminister Heiko Maas das Ergebnis bezeichnete. Vielmehr sei es Russland gelungen, genügend Druck auf die Delegierten auszuüben. Dies und die Tatsache, dass der Stimm-

Podiumsdiskussion am 25. Juni 2019, Berlin

In Kooperation mit der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit.



rechtsentzug kein Sanktionsmittel mehr sei, hält Jensen für ein denkbar schlechtes Zeichen. Als besonders bitter empfinde sie den Rückzug der ukrainischen Delegation aus der Versammlung.

Jörg POLAKIEWICZ, Direktor der Rechts- und Völkerrechtsabteilung des Europarats sowie Honorarprofessor des Europainstituts der Universität des Saarlandes, argumentierte institutionell und widersprach der Wahrnehmung, der Europarat sei vor Russland eingeknickt.

Die Delegierten haben eine Lösung finden müssen, die allen Mitgliedern des Europarats Rechtssicherheit verschafft. Die Entscheidung, einem Mitglied zur Strafe für ein von der Mehrheit des Rates für falsch befundenes Verhalten das Stimmrecht zu entziehen, entbehre rechtlicher Grundlagen. Grundsätzlich hält Polakiewicz den Europarat nicht für den richtigen Ort zur Maßregelung der russischen Politik. Dies sei Aufgabe der „global player“, etwa der Vereinten Nationen. In seiner beraten-



den Funktion sei der Europarat im Besonderen für den Schutz der Menschenrechte verantwortlich.

Folgt man der Argumentation von Lauri MÄLKSOO, Professor für Internationales Recht an der Universität Tartu und Kenner der russischen Außenpolitik, so ist gerade diese Funktion des Europarats entscheidend für die Frage, wie der Rat mit einem Mitglied umgehen soll, das genau jene Rechte verletzt. Er hält die Entscheidung der Delegierten für problematisch, da sie die Solidarität mit der Ukraine unterminiert. Zudem äußerte er Bedenken, dass die Mitgliedschaft Russlands tatsächlich positive Auswirkungen auf die Rechtskultur im Land haben werde. Viele der vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gefällten Urteile seien von Russland nicht vollzogen worden. Nichtsdestotrotz müsse man sich mit

verletzungen gezogen werden. Für die Bürgerinnen und Bürger der Russischen Föderation sei der Europarat die erste Anlaufstelle, um Verstöße zu melden und ihre schutzwürdigen Rechte einzuklagen. Ein Ausschluss, so fürchtet Moskalenko, würde die Menschenrechtslage im Land immens verschlechtern, da Russland nicht mehr an die Menschenrechtskonvention gebunden wäre. Sie appellierte an den Europarat, die Verstöße Russlands gegen die Menschenrechte zu ahnden und das Recht durchzusetzen.

Die Debatte in Berlin hat die Straßburger Konfliktlinie verdeutlicht. Die Pragmatiker glauben, dass Russlands Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Versammlung positive Auswirkungen auf die Rechtskultur und die Menschenrechtssituation im Land haben werde. Die



Russland an einen Tisch setzen und verhandeln. Nur im Dialog sei der Schutz der Menschenrechte möglich.

Besonders deutlich zum Ausdruck kam die Ambivalenz bei der Einordnung der Entscheidung des Europarats bei Karinna MOSKALENKO, einer der renommiertesten Menschenrechtsanwältinnen Russlands und Mitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe. Sie hatte sich für den Verbleib Russlands im Europarat ausgesprochen. Die Mitgliedschaft verpflichte Russland auf die Einhaltung international gültiger Rechtsstandards. Auf Grundlage seiner Mitgliedschaft im Europarat könne Russland zur Verantwortung für die Menschenrechts-

Skeptiker bezweifeln mit Verweis auf die vielen von den russischen Behörden nicht umgesetzten Urteile, dass Russland kompromissbereit ist und Interesse an einem konstruktiven Dialog hat. Um seine Glaubwürdigkeit bewahren zu können, muss der Europarat die Aushöhlung seiner Werte und Prinzipien verhindern. Wenn die Skeptiker recht behalten, so wird dies nicht zuletzt für die russischen Bürgerinnen und Bürger überaus schmerzlich sein.

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:

Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12

F 049 (0) 30 214 784 14

E info@dgo-online.org

www.dgo-online.org

Redaktion und Satz: Ulrike Sapper

Redaktionsschluss: 15.7.2019

Fotos auf den Seiten 2/3, 17 und 22: David Oliveira

Graphiken auf Seite 30: Katrin Surberg

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

